

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 4. Juni 1930
12. Jahrgang. Nummer 127

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Einrechnung 3,00 Mk. Einsetzungspreis: Die gebührende Wilmeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Bezeichnungs- und Bezeichnungssachen 6 Pf., Kellernpreis: Die dreizehntägige Wilmeterzeile oder deren Raum im Text 10 Pf. — Schluss der Inseratenannahme u. der Druck-Expedition 8 Uhr; in den Spezial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlessien und Oberschlessien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Str. 10, Tel. 600 39.
Postfach: Breslau 544, W-daktion: Breslau, Trebnitzer Str. 50, Tel. 230 02. Erscheinungsort der Redaktion: Breslau, Trebnitzer Str. 50, Tel. 230 02. Erscheinungsort der Redaktion: Breslau, Trebnitzer Str. 50, Tel. 230 02. Erscheinungsort der Redaktion: Breslau, Trebnitzer Str. 50, Tel. 230 02.

Die Mansfeld-Proleten streifen

Alle Betriebe seit Montag stillgelegt — Schlessische und obereschlessische Arbeiter, solidarisiert euch mit den Streikenden! — Organisiert in allen Betrieben den Kampf gegen die Unternehmeroffensive

Mansfeld, 13. Juni. Die Antwort auf die Forderung der Unternehmer nach Senkung der Löhne um 15 Prozent ist da: Alle Betriebe der Mansfeld-K. G. gehen seit Montag still. Die Proleten streifen.

In den ersten Morgenstunden des Sonntags zogen viele Hunderte Mansfeld-Arbeiter, geführt von Abteilungen des proletarischen Selbstschutzes, vor sämtliche Mansfelder Betriebe. Die Hüttenbetriebe, die am Sonntag arbeiten sollten, wurden sämtlich stillgelegt und die Hochöfen ausgeblasen. Nur in zwei Hüttenbetrieben versuchten einige Streikbrecher, die Arbeit fortzusetzen. Die Führung der Bewegung liegt vollkommen in den Händen der auf der Selbstverteidigungskongress gewählten Zentralkommission.

Die Reformisten, die wochenlang über die Staatssubventionen und Lohnsenkungen der Mansfeld-K. G. gelühndet haben, suchen nun, nachdem die Führung in den Händen der revolutionären Gewerkschaftsopposition liegt, durch möglichst radikale Phrasen der Empörung der Mansfeld-Arbeiter Rechnung zu tragen. Im Sonnabend haben sie sogar auf dem Papier die Streikparole für Montag herausgegeben, ohne aber das geringste für die Organisierung des Streiks zu tun. In Eisenwerken wurden die Bonzen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern aus einer von ihnen selbst einberufenen Versammlung hinausgetragen, und sodann die in den Betrieben gewählte Streikleitung bestätigt und erweitert.

Am Montag sind die Belegschaften der Schächte nach der Sonntagstraße nicht eingefahren. Auf die Anweisung der Zentralkommission sind auch die sogenannten Hilfsarbeiten eingestellt worden. Gemeinsam mit den Erwerbslosen und den Arbeiterfrauen, die in der vordersten Front kämpfen, Streikposten stehen und sich dem proletarischen Selbstschutz anschließen, demonstrieren die streikenden Betriebsarbeiter im ganzen Mansfeld und für den geschlossenen Kampf bis zum endgültigen Siege.

Leuna-Funktionäre solidarisch

Eine Konferenz der oppositionellen Vertrauensleute des Leuna-Werkes fandte eine einstimmig angenommene Resolution an die Mansfelder Arbeiter, in der es u. a. heißt: „Wir revolutionären Vertrauensmänner des Leuna-Werkes haben zu der äußerst scharf einschneidenden Kapitaloffensive Stellung genommen, um auch für die Chemie und besonders für das Leuna-Werk Kampfmaßnahmen zu treffen. Wir übermitteln euch unsere brüderlichsten Kampfgrüße. Die Wucht eures revolutionären Kampfes muß die Mansfeld-K. G. zwingen, die geplanten Abbaumaßnahmen zurückzuziehen und darüber hinaus eure Forderungen zu bewilligen. Mansfeld-Proleten! Ihr steht in erster Kampfreihe! Steht euren Mann. Unsere Solidarität ist euch sicher!“

Mansfeld geht alle an!

Die Arbeiter der Mansfeld-K. G. in Mitteldeutschland stehen im Streik. Sie wehren sich gegen den von den Direktoren diktierten Lohnabbau von 15 Prozent und kämpfen um eine Reihe eigener Forderungen, vor allem um die sechsstündige Schicht unter Tage, die sechsstündige Arbeitszeit über Tage und Erhöhung des Schichtlohnes um 2 Mark.

Die erbärmlichen Hungerlöhne der Mansfeld-Arbeiter sind in ganz Deutschland bekannt. Die Kumpels gehen zu Tausenden mit etwa 25 Mark Wochenverdienst nach Hause. Trotzdem will das Unternehmertum gerade in Mansfeld einen weiteren Schlag bei seiner Lohnabbauoffensive durchführen, weil es die Situation für günstig hält. Der Unternehmerangriff in Mansfeld ist wie der Angriff in Metall-Nordwest ein Teil der großen Unternehmeroffensive, die den Abbau des Lohnes auf der ganzen Linie zum Ziel hat. In Mansfeld und im Ruhrgebiet geht es um die Interessen der gesamten deutschen Arbeiterschaft, und darum muß jetzt in ihrem ureigenen Interesse die gesamte Arbeiterschaft mithelfen, daß der ausgebrochene Kampf mit einem Sieg der Arbeiter endet.

Die ersten Nachrichten aus dem Kampfgebiet zeigen, daß die Mansfeldarbeiter unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und in entschlossener Kampfstimmung die Gegenwehr leisten. Es wird ein erbitterter schwerer Kampf sein. Das gesamte Unternehmertum fügt die Mansfeld-K. G., Leuna, Volzweiserhüttenwerke bereits in Mansfeld eingetroffen. Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie, die es noch nicht wagen konnte, den Arbeitern die Weiterarbeit zu den herabgesetzten Löhnen zu empfehlen, steht auf der Lauer, um den Dolchstoß in die Front der Streikenden zu führen. Darum muß die proletarische Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft in die Waagschale geworfen werden, der Kampf der Mansfeld-Arbeiter muß mit allen Mitteln unterstützt werden.

Im Moment, wo die Mansfeld-Arbeiter streifen, wo die Metallarbeiter der Nordwestlichen Gruppe unmittelbar vor dem Kampf stehen, ist es notwendig, die Front gegen die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums zu verbreitern. Jetzt ist der Moment gekommen, wo es gilt, überall dort den offenen Kampf anzuknüpfen, wo

das Unternehmertum die Arbeiter mit Lohnabbau bedroht. Es darf kein zweites Stahlwerk Weder mehr geben. Gemeinsame Gegenwehr gegen den Lohnabbau, gemeinsamer Kampf um höhere Löhne, um den Siebenfundentag, ist das Gebot der Stunde!

Mansfeld ist ein schrilles Alarmzeichen für die ganze Arbeiterschaft. Heute schon hungern die deutschen Proleten, ob sie nun arbeitslos sind oder im Betrieb stehen. Jetzt wollen die Young-Bögel die Löhne und die Arbeitslosenunterstützung noch mehr senken! Dieser Plan muß durchkreuzt werden!

Kampffront vom Ruhrgebiet bis DS.

Ein richtunggebender Beschluß der Castellengrube

Köln, 3. Juni. Der Arbeiterrat der Castellengrube hatte nach dem Marktplatz eine Belegschaftsversammlung einberufen, — da die Verwaltung das Zechenhäus nicht hergibt —, in der man zu der Hungeroffensive der Unternehmer Stellung nahm. In dieser gut besuchten Versammlung sprach ein Vertreter der RGD, der der Belegschaft den Weg des revolutionären Massenkampfes aufzeigte. Die Versammlung war von einem sehr guten Kampfgeist erfüllt. Es wurde einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Die Belegschaftsversammlung der Castellengrube nimmt Kenntnis von den Verhandlungen des Gesamtbetriebsrates mit der Verwaltung und verurteilt die Handlungsweise der reformistischen Betriebsräte, die dem Abbau von 400 Kollegen zustimmten. Da diese Betriebsräte noch obenrein jede Kampfmaßnahme der RGD zur Verhinderung des Abbaues sabotierten und der Verwaltung durch ihre Zustimmung die besten Dienste leisteten, spricht die Versammlung dieser Sorte von Betriebsräten das größte Mißtrauen aus. Die Belegschaftsversammlung ist sich dessen bewußt, daß ein weiterer Abbau nur dann verhindert werden kann, wenn aktiver Widerstand geleistet wird.“

Die Belegschaft ist nicht gewillt, beim Ablauf der Tarifverträge im Monat September das Diktaturprogramm der Unternehmer kampflös zu schließen, sondern ist bereit, unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und roten Betriebsräte heute schon alle Vorbereitungen zu treffen, um den Forderungen der Bergarbeiter durch einen erfolgreichen Streik im September Nachdruck zu verleihen. Ferner nimmt die Versammlung Kenntnis von den Maßnahmen der roten Betriebsräte, der Kollegen Klack, Lublowski

u. v. von der Feinziehgrube und des Kollegen Vinzent Schweda von der Karsten-Zentrum-Grube, der mit Unterstützung der reformistischen Betriebsräte, im Bündnis mit der Bergarbeitergemeinschaft, gleichfalls auf die Straße geworfen worden ist. Die Belegschaft ist sich dessen bewußt, daß diese Maßnahmen der Grubenbarone den Zweck verfolgen, die Bergarbeiter in den kommenden Wirtschaftskämpfen führerlos zu machen. Die Faltung der reformistischen Betriebsräte, die im Auftrage der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie den Stahlhelmführer Wajener zum Betriebsobmann der Karsten-Zentrum-Grube gemacht haben, ist ein Beweis dafür, daß diese Vorfälle nicht im geringsten daran denken, trotz ihrem radikalen, demagogischen Charakter, eine einheitliche Kampffront gegen die Unternehmer zu schaffen.“

Die Belegschaftsversammlung fordert den revolutionären Betriebsräteauschuss auf, mit den Arbeitskollegen des Ruhrgebiets in Verbindung zu treten, um im Monat September eine einheitliche Kampffront vom Ruhrgebiet bis Oberschlessien zu schaffen.“

Bergarbeiter! Nehmt überall Stellung zu der Offensive der Unternehmer auf die Lebensgrundlage der Arbeiterschaft und organisiert unter der Führung der RGD die Gegenoffensive, den Kampf um Arbeit und Brot! Wählt in den Belegschaftsversammlungen Kampfausschüsse zur Vorbereitung des Kampfes auf breiter Massenbasis.

Hoher Erfolg bei den Elternbeiratswahlen in Birlau

Freiburg, 3. Juni. Die Elternbeiratswahl in der Vogl. Oberschule in Birlau zeitigte folgende Resultate: Liste 1: Schulfortschritt (Sozialdemokraten) 29, Liste 2: Proletarischer Schulkampf 51, Liste 3: Christlich-unkommunistische (gläubig getaufte Monarchisten) 101. Das Ergebnis muß ein Ansporn zu weiterer Arbeit auf diesem Gebiete sein. Vergleicht man die Propagandamöglichkeiten der Listen, so ist der Erfolg, gemessen an anderen Zahlen, proportional ein guter.

Schießereien an der polnischen Grenze

Gleiwitz 3. Juni. In der Nacht zum 2. Juni kam es im Kreise Suwalki bei dem Dorfe Dzijanek, an der polnisch-litauischen Grenze, zu einer Schießerei zwischen polnischen und litauischen Grenzwachleuten. Der polnischen Darstellung zufolge soll die aus zwei Mann bestehende Grenztruppe, die die Grenze abschritt, zuerst von der litauischen Seite aus beschossen worden sein.

An der polnisch-Danziger Grenze wurden mehrere Danziger Ausflügler von den polnischen Grenzbeamten verhaftet, weil sie angeblich ohne Erlaubnis die Grenze überschritten hatten.

Arbeitslosendemonstration und Zusammenstöße in Polen

Warschau, 3. Juni. Die zahlreichen Arbeitslosendemonstrationen, die in allen Landesteilen Polens stattfinden, nehmen einen immer mehr erbitterten Verlauf. In Sosnowitz demonstrieren 1000 Arbeitslose drei Tage nacheinander vor dem Rathaus. Die Demonstranten leisteten aktiven Widerstand gegen die Angriffe der Polizei, wobei 17 verwundet und 23 verhaftet wurden. Unter den Verwundeten befinden sich sechs Polizisten und ein Polizeioffizier. In Thorn finden täglich Demonstrationen der Erwerbslosen statt, an denen Tausende teilnehmen. Bei einer solchen Demonstration versuchten die Arbeitslosen die Lebensmittelgeschäfte zu plündern, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. 16 der Demonstranten wurden dabei verwundet und 15 verhaftet. Am darauffolgenden Tage versuchten die Arbeitslosen noch einmal, sich der Lebensmittelgeschäfte zu bemächtigen, wobei 12 Demonstranten verhaftet wurden. In Lodz wollen die Arbeitslosendemonstrationen vor dem Rathaus, das durch ein großes Polizeiaufgebot bewacht wird, kein Ende nehmen.

Vom Tage

Der obereschlessische Berg- und Hüttenverein jammert in einer Entschlieung über die „Not der Besitzenden“ und fordert ganz besondere Berücksichtigung bei der Verteilung der Dst-hilfe.

Beim Staubeckenbau in Ottmachau stürzte der Arbeiter Alfred Döbrich einen 20 Meter hohen Abhang hinab und erlitt einen tödlichen Schädelbruch.

In dem Kalkschacht der Gewerkschaft „Volkentoda“ in Thüringen ereignete sich eine Gasexplosion, durch die der Schacht in Brand gesetzt wurde.

Die Landesregierung von Niederösterreich hat ein Aufmarschverbot erlassen, das nach außen hin zwar nur als Verbot von Versammlungen und Aufmärschen in Kurorten und Sommerfrischen gilt, in der Tat aber einem Demonstrationsverbot für über 500 Ortschaften, von denen der größte Teil keineswegs aus Kurorten oder Sommerfrischen besteht, gleichkommt.

Im britischen Bollarbeiterstreik haben die Gewerkschaften bereits einen Lohnabbau von 5,8 Prozent vorgeschlagen und durchblicken lassen, daß sie bereit seien, sich auf noch größere Lohnherabsetzungen einzulassen, wenn die Unternehmer nur mit ihnen verhandeln wollten. Sie rüsten jetzt zu einem offenen Verrat an den Arbeitern, die mehr als sieben Wochen im Kampfe stehen.

Unterstützt das Reichstreffen

der roten Arbeitersportler zu Pfingsten in Erfurt, indem ihr die Reichstreffenplakette kauft. In silberner Ausführung Mk. 1 (f. Erwachsene), in gelber Mk. 0.50 (für Jugendliche).

Letzter Apell:
Alle Teilnehmer melden sofort ihre Adresse an die Sportredaktion der „Arbeiter-Zeitung“



Die neuen Raubpläne der Bürgerblock-Regierung:

Notopfer, 10 Prozent Beamtenabbau und Lohnkürzungen

Notopfer nur für die Festbeholdenen, nicht für die Unternehmer Generalangriff auf die Beamten in Vorbereitung

Das Reichskabinett tritt heute zusammen, um über neue Schläge gegen die Arbeiter, Beamten und Angestellten zu beraten. Durch die Indiskretion einer Zeitungsnacht ist ein Teil der Pläne der Brüning-Regierung frühzeitig an die Öffentlichkeit gedrungen. Aufsehenerregende Einzelheiten über die Absichten der Regierung wurden ferner in einer vertraulichen außerordentlichen Pressekonferenz des Deutschen Beamtenbundes am 7. Mai in Berlin bekannt. Zum Zwecke des Ausgleiches des 730-Millionen-Defizits sind diesen Mitteilungen zufolge als erste Schritte von der Bürgerblockregierung in Aussicht genommen:

Ein Notopfer, das aber keineswegs von allen Einkommen erhoben wird, sondern lediglich von den gehalt-empfangenden Beamten und Angestellten, eine zehnprozentige Verbilligung der Kopfgeld der Angestellten durch Nichtwiederbeziehung freigeschriebener Beamtenstellen, Heraushebung der Dienstaltersgrenze für Pensionärsberechtigung von 65 auf 68 Jahre, Kürzung der Pensionen im Falle einer nebenberuflichen Tätigkeit, Entlassung verheirateter weiblicher Beamten, Abbau der britischen Sonderzuschläge, allgemeine Kürzung des Urlaubes, Verschlechterung bei der Anrechnung der Dienstzeit im Wartestand auf das Pensionsdienstalter, Kürzungen beim Witwenlohn und Wiedereinführung eines Beforderungssperregesetzes.

Die Beamten sollen aber nicht allein durch die Wucht dieses brutalen Angriffs getroffen werden. Auch die übrige wertvolle Bevölkerung soll durch neue Maßnahmen gemeinsam mit den Beamten noch stärker ausgepreßt werden. Vorerst ist eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer geplant.

Ein weiterer Plan der Regierung geht dahin, die Zahl der Reichstagsabgeordneten dadurch zu vermindern, daß in Zukunft anstatt 60.000 nur noch 80.000 Wähler einen Abgeordneten ins Parlament schicken können. Ähnliche Verminderungen sollen auch in den Länderparlamenten eintreten.

Ohne Zweifel sind diese ungeheuerlichen Raubpläne der Bürgerblockregierung nur der Beginn viel weitergehender Ausplünderungsmaßnahmen der wertvollen Bevölkerung. Der Führer der Volkspartei, Dr. Schulz, erklärte in einer Rede am Sonntag auf einem Wahlkreisparteitag der Deutschen Volkspartei in München:

„Es sei falsch, das sogenannte Notopfer auf Festbeholdene zu beschränken. Auch die Beamtenjahre würden sich wohl bereit finden (!!), mit den anderen Volksangehörigen zusammen ein solches Notopfer in Gestalt gekürzter Löhne und Gehälter zu bringen.“

Wird nicht nur die Beamten sollen Lohnkürzungen und weitere Verschlechterungen erleiden, auch den Arbeitern sollen die Löhne brutal gekürzt werden, damit die Unternehmer auf Kosten der Werttätigen die Millionen des Young-Planes an

das Auslandskapital zahlen können, damit aber auch gleichzeitig die Schwerindustrie immer neue Dividenden ausstreuen kann.

Der „Vorwärts“ versucht zur Täuschung der Massen radikale Töne gegen die neuen Raubpläne der Brüning-Regierung anzuschlagen. Aber was der „Vorwärts“ verschweigt, ist,

daß die Hermann-Müller-Regierung und vornehmlich der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding bereits Vorschläge zur „Ausgaben-Senkung“ ausgearbeitet hatten, die in allen wesentlichen Punkten den jetzigen Plänen der Bürgerblockregierung entsprechen.

Im Kampf gegen diesen Angriff auf Lohn und Brot der Arbeiter, Angestellten und Beamten gibt es darum mit nicht geringerer Schärfe die sozialdemokratischen Täuschungsmanöver zu durchkreuzen und den Werttätigen klarzumachen, daß der Kampf gegen die Raubpläne der Brüning-Regierung untrennbar verbunden ist mit dem Kampf gegen die sozialdemokratischen Arbeitervertreter.

Hugenbergs Patentlösung

Die Bourgeoisie sieht keinen festen Erfolg versprechenden Ausweg aus der sich ständig verschärfenden Krise. Da springt wieder ein biederer „Retter“ auf dem Plan. Es ist Herr Hugenberg.

In Halle hat er in einer deutschnationalen Veranstaltung feierlich gesagt, er wolle nicht nur immer Kritik üben, sondern auch praktische Wege zur Lösung der Schwierigkeiten Deutschlands zeigen. Und dann servierte er seinen überraschten Parteiangehörigen folgende Patentlösung: Unabhängig von den Zöllen soll eine „Reparationsabgabe“ auf alle Waren gelegt werden, die vom Auslande nach Deutschland eingehen, auch die Rohstoffe. Infolgedessen hätte das Ausland die Reparationsbelastung selber zu tragen.

Das ist fabelhaft — idiotisch! Das ist ein klassischer Beweis für die Dummheit der bürgerlichen Politiker, für die tatsächliche ideelle und materielle Ausweglosigkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Denn erstens würden sich die anderen Mächte ein solches Vorgehen Deutschlands nicht gefallen lassen und zweitens würde die Reparationsabgabe genau so wie der Zoll die Preise im Inland verteuern, und nach wie vor würde der deutsche Prolet durch die höheren Preise die Reparationslasten zahlen.

Dieser Vorschlag Hugenbergs entlarvt die Retter aus dem Lager des Hakenkreuzes und der schwarzweißroten Kolarden als erbärmlich blöde Demagogen und beweist umgekehrt aufs Neue, daß nur das Proletariat selber durch den revolutionären Kampf unter Führung der Kommunisten die Youngscheften Sprengen und die kapitalistische Krise auf seine Art lösen kann.

SPD.-Polizeiispikel gegen KPD.

Sensationelle Enthüllungen über die Spikemethoden der Polizeisozialisten

Unser Essener Bruderorgan, das „Ruhr-Echo“, beginnt eine Reihe Artikel zu veröffentlichen, die sensationelle Enthüllungen über die korrupten Methoden der sozialdemokratischen Polizeisozialisten gegen die kommunistische Partei enthüllen. Mit ausführlichem Sensationsmaterial wird geschildert, wie die Polizei unter Führung des Sozialdemokraten Schrader versucht hat, führende Parteifunktionäre der KPD als Polizeispikel zu kaufen und wie diese Verjuche täglich gescheitert sind.

Nachdem solche Korruptionsoversuche in Lottrop, Münster, Bochum, Dortmund usw. gescheitert waren, fand in Bochum eine neue Versprechung der Polizeipräsidenten über die Frage statt. Diesmal sollte der Plan in Essen ausgeführt werden. Seine Durchführung lehnten zunächst zwei Kriminalbeamte ab.

aber das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Kriminalassistent Ernst Korff, nahm den „ehrenvollen“ Auftrag an.

Er schrieb an den Genossen Jakob Göbel, Bezirkssekretär der Partei, einen persönlichen Brief, in dem er ihn um eine Unterbreitung bat. Die Bezirksleitung nahm dazu Stellung und beschloß einstimmig, dem Genossen Göbel den Auftrag zu geben, auf die Pläne der Raubpolizei scheinbar einzugehen, um so vor der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands die Methoden der von der Sozialdemokratie geführten Polizei zu entlarven. Dem Genossen Göbel widerstand zwar diese Rolle, aber er sah ein, daß er sie im Interesse der Aufklärung der Arbeiterchaft durchführen müsse.

In der Wirklichkeit Etrund fand am 27. April die erste Besprechung statt.

Korff erklärte, daß er dem Genossen Göbel monatlich 300 bis 500 Reichsmark zahlen konnte, falls er ihm laufend Material über Partei, KPD, Antifa usw. andere proletarische Organisationen liefere. Wörtlich sagte dieser faulere Sozialdemokrat:

„Ja bitte die Wochen, desto größer die Menge.“

Genosse Göbel ging im Auftrag der Parteileitung zum Schein auf dieses Angebot ein. Zwei Tage später fand im Lokal „Bredener Hof“ die zweite Zusammenkunft statt. Korff verlangte konkretes Material und versprach dann sofort Geld flüssig zu machen. Da früher ein Polizeibeamter bei ähnlichen Verjuchen sogar fotografiert worden war, rekommierte Korff, daß ihm so etwas nicht passieren könne. Doch beim Verlassen des Lokals wurde er von anderen Genossen unbemerkt auf die Platte gebracht. Inzwischen hatte er dem Genossen Göbel noch 10 Mark für Fahrtauslagen ausgehändigt.

Es folgten dann noch sechs weitere, von uns überbrachte Zusammenkünfte.

In diesen wurde dem Beauftragten der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten ein gefälschtes „Kundschreiben“ der KPD, bezeichnet 2., ein „Bericht“ des Nachrichtenendienstes der kommunistischen Partei, ein Kundschreiben „An alle G-Leiter der Ortsgruppen“, ein Verzeichnis der angeblichen Mitglieder der „roten Schupozelle“ in Essen, eine Liste der angeblichen Mitglieder der Bezirksleitung ausgearbeitet. Alles war in der Bezirksleitung extra für diesen Zweck fälsch angefertigt worden. Das gesamte „Material“ wurde auf dem Polizeipräsidenten abgeschrieben und die Originale zurückgeschickt.

Zusgesamt wurden dafür 251 Mark von Korff gezahlt. Dieser Betrag wurde vom Genossen Göbel an die Bezirksleitung abgeführt, die diese Summe dem Spigelsabwehrfonds der kommunistischen Partei überwies.

Auf obige Weise wurden der Polizei zwei Pakete mit Schutzpolizeizeitungen für eine bestimmte Zeit auf dem Bahnhof in Essen signalisiert. Aber die Polizei war so doof, daß sie trotz genauer Personalbeschreibung des Transporteurs denselben nicht sah. Und das war schade. Die SPD-Polizeipräsidenten hätten ihre Freude an dem Fund gehabt, denn es waren keine Schutzpolizeizeitungen, sondern unangenehm riechende Kleinigkeiten darin.

Wie Kampferprobt und zuverlässig der Funktionärkörper der Partei ist, geht daraus hervor, daß über das Spiel, das die kommunistische Partei mit der Polizei trieb, nicht nur die Mitglieder der Parteileitung, sondern zahlreiche Funktionäre und einfache Parteimitglieder seit Wochen informiert waren.

Das „Ruhr-Echo“ kündigt weitere Enthüllungen an, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten werden.

12. „Geheimbündler“ freigesprochen

Das klägliche Ende einer Razzia auf den KPD.

58 Arbeiter waren kürzlich in Halle unter dem Verdacht verhaftet worden, daß sie Teilnehmer einer Konferenz des verbotenen KPD gewesen seien. 13 von ihnen standen jetzt vor dem Schöffengericht. Der Staatsanwalt beantragte auf Grund von Spitzelausagen Gefängnisstrafen von 3 Monaten. Das Gericht mußte jedoch 12 Angeklagte freisprechen und verurteilte lediglich den Genossen Koad zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Danziger Parteitag delegierte verhaftet

Antwortet mit verstärkter Mobilisierung für die rote Hilfe!

Danzig, 2. Juni. (Eigene Meldung.) Erst jetzt wird bekannt, daß am 10. Mai aus dem Wittingszug Marienburg-Danzig zwei Delegierte zum Danziger Parteitag der Kommunistischen Partei verhaftet wurden. Der Genosse Otto Schinnowski stieg auf dem Bahnhof Dirschau aus, um Zigaretten zu kaufen. In diesem Moment wurde er von Dirschauener Kriminalbeamten verhaftet. Als er dem Genossen Fischer, dessen Paß er bei sich trug, diesem zurückgeben wollte, wurde nunmehr auch Genosse Fischer verhaftet. Die polnische Polizei leistete bis heute keinen Anlaß die deutsche Polizei aus. Zur Zeit werden die beiden Genossen in Stargard in Untersuchungshaft gehalten.

Im Danziger Parteitag wurde unter dem Druck der Arbeiteröffentlichkeit beschlossen, dem Antrag der Kommunisten, den verhafteten Arbeiter Rechsatzung zu stellen, zuzustimmen.

Gibt es ein bezeichnenderes Beispiel für die Zusammenarbeit polnischer und deutscher Behörden im Kampfe gegen den verhassten Bolschewismus? Das deutsche Proletariat wird durch die Stärkung der roten Hilfe, durch die Sammlung für den Verteidigungsfonds der KPD, durch unbedingten Kampf gegen Polizeiterror und Klassenjustiz seine Antwort geben, Heraus mit den verhafteten Proletariern!

Ehrhardt fordert Bündnis mit dem „Erbfeind“

Gegen die Sowjetunion

Der berühmte Putschist, Kapitän Ehrhardt, der Stolz aller Faschisten und teuflichen Mannen, wurde von dem Pariser chauvinistischen „Club du Faubourg“ eingeladen, eine Reihe politischer Fragen zu beantworten. Mit größter Bereitwilligkeit gab Kapitän Ehrhardt den „Erbfeinden“ Antwort auf die an ihn gestellten Fragen. Unter anderem erklärte er:

„Ich bin überzeugt, daß Frankreich und Deutschland beide zu einem deutsch-französischen Bündnis kommen, das durch die Patrioten beider Länder (!) ernsthaft gebilligt wird.“

Er motivierte dieses Bündnisangebot mit der drohenden Ausbreitung des Bolschewismus, er mahnte die Vergangenzheit zu vergessen, um „in dem furchtbaren Wettersturm bestehen zu können, dessen erstes Grollen wir hören und von dem die blutigen Ereignisse in China, in Tonking, in Indien, in Arabien, in Sibirien nichts als nur ein kleiner Anhang sind“ (!!).

Es ist nicht das erstemal, daß die deutschen Nationalisten mit dem französischen „Erbfeind“ verhandeln. Man denke an Klönne, Rehbarg usw. Selten aber wurde mit so offener Sprache die Interessengemeinschaft der Imperialisten aller Länder gegen die Sowjetunion zugegeben. Wie lange werden noch Werttätige in Deutschland hinter den nationalistischen Agnieren im Lager Ehrhardt und Hitler herlaufen, die nur die nationale Phrase zur Auspreisung der Arbeiter gegen einen anderen und in erster Linie gegen die Sowjetunion im Munde führen.

„Christliche Front e. V.“

Die wachsenden Erfolge der proletarischen Freidenker und der Gottlosenbewegung in der ganzen Welt machen die Christen aller Schattierungen nervös. Katholiken und Protestanten veröffentlichen gemeinsam einen Aufruf, in dem sie fleuchlerisch zur Bildung einer „Liga zur Wahrung der Freiheit des religiösen Bekenntnisses“, der „Christlichen Front e. V.“ auffordern. Natürlich heißt es, „es gelte die heiligsten Güter der Menschheit vor Zerstückung zu schützen“, in Wirklichkeit dreht es sich aber um eine Generaloffensive zur Verteidigung des brüderlichen kapitalistischen Hungersystems, das täglich Leben und Gesundheit von Millionen Arbeitern und Bauern zerstört.

Hitlers Mordheße

In einer nationalsozialistischen Versammlung bei Altenburg in Thüringen am 26. Mai kam es zu schweren Zusammenstößen mit den anwesenden Arbeitern. Trotz vorherigen Versprechens wollten die Nazis einen sozialdemokratischen Redner nicht zu Worte kommen lassen. Die Empörung der Arbeiter darüber gab den Mordbanditen das Signal zu einem brutalen Angriff, bei dem 30 Personen verletzt wurden, darunter auch zwei Gendarmenbeamte. Unter den Arbeitern, die anstatt der Faschisten verhaftet wurden, befindet sich auch ein Sozialdemokrat.

An dem Tag, nach dem die Faschisten in Berlin, Birnamens und anderen Orten in heimtückischer Weise Arbeiter niederschossen und niederstachen, erscheint im „Völkischen Beobachter“ ein Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Noch klingt das alte Lied der Sturmabteilungen, der Sturmbteilungen: Das Raschen und Splittern und Schreien der Versammlungsdienstlichen, das Erkerben der Internationale, die von unserem Gang überhört wird, da und dort. Es ist nicht anders geworden. Und es wird nicht anders werden, bis wir die Nacht im Saate haben.“

Wir müssen uns klar sein: Erst die ersten Gräben des Gegners haben wir gestürt. Nach ein weiter Reg ist bis zum Sieg. Denn nach wie vor steht die ganze Welt gegen uns.

Darum bis zum letzten Mann mit dem Fanatismus, den die Gegner an uns fürchten:

Kampf, Kampf, Kampf!

In der gleichen Nummer meldet der „Völkische Beobachter“ aus München, daß die NSDAP einen Kopfschlag für die SA-Deute (lies: Mordabteilungen) einführen will und eine Reihe von Hochschulpromessoren und leitender Chefsätze sich bereits mit Vorschlägen an die Reichsleitung der NSDAP gewandt habe!

Die Arbeiterchaft steht gerüstet. Nicht straflos sollen die faßhühnischen Mordabteilungen Arbeiterblut vergießen dürfen!

339 deutsche Ärztinnen verlangen in einer Eingabe an den Strafrechtsauschuß die gesetzliche Möglichkeit der Unterbrechung der Schwangerschaft durch Verze. Nur wenn das gegen den Willen der Schwangeren und unter Verletzung der Regeln ärztlicher Kunst geschieht, sollen Bestrafungsmöglich sein.

Die Bewegung der indischen Massen

Kämpfe in Peshawar und Dharafana — Britische Soldatentaufmärsche

Bombay, 2. Juni. In Peshawar erschoss ein wachhabender britischer Unteroffizier eine Frau und zwei Kinder, nach amüßlichen Meldungen beim Gewehrschießen. Dieser Vorfall gab den Anlaß zu mächtigen Demonstrationen und Kundgebungen der Eingeborenen. Unter dem Ruf „Es lebe die Revolution!“ zog eine große Menschenmenge zum Bazar und forderte die Auslieferung des englischen Offiziers. Die britischen Behörden setzten Polizei und Militär ein, worauf es zu blutigen Zusammenstößen kam. Sieben Indier wurden erschossen und neun schwer verletzt. Der gesamte Verkehr ruhte. Alle Geschäfte wurden geschlossen. Neue Kämpfe werden erwartet.

Am Sonntag besand sich eine 15 000 köpfige Menschenmenge vor dem britischen Hauptquartier von Dharafana. Die Führer der Gandhi-Freiwilligen bliesen angeführte dieser Massenbewegung den geplanten Anmarsch ab. Die Menge hörte sich daran nicht. Trotzdem die Behörden Nebenabteilungen Polizei und Militär aufgebieten hatten, wurde eine Bresche in die Postenlinie geschlagen, und die Menge überflutete die Salzwüste. Es gab erste Zusammenstöße. Mehr als 60 Personen wurden verwundet, darunter drei Polizeioffiziere, und über 200 verhaftet.

Auch vor dem Salzdepot von Madala hatten sich große Massen angesammelt. Bei den Kämpfen mit der Polizei wurden viele Personen verletzt. Verhaftet wurden insgesamt 160 Personen.

Bei Zusammenstößen in Kositalam (Bezirk Muttra) wurden ein Indier getötet und neun schwer verletzt. Einige Polizisten erlitten Verletzungen. 60 Personen sind verhaftet worden.

In Bombay unternahmen zahlreiche politische Gefangene einen Ausbruchversuch aus dem Gefängnis. Es gelang ihnen die Stacheldrahtzäune niederzureißen. Polizei trieb sie jedoch mit dem Revolver zurück.

Sichtnabe hat einen Soldaten, auf ihn zu schießen, worauf ihn der Soldat ohne Zögern sofort tötete. Ein alter Greis mit einem überjährigen Kind auf dem Rücken trat vor und bat, auf ihn zu schießen, wobei er von dem Soldaten gleichfalls erschossen wurde. Die Beschießung der Menge dauerte, nach den Angaben des Bulletins von 11 Uhr bis 17 Uhr.

Macdonalds Blutgeneral

London, 2. Juni. Der kürzlich als Nachfolger von Feldmarschall Biddwood zum Oberbefehlshaber der britischen Truppen in Indien ernannte General Sir Philipp Chetwode befindet sich gegenwärtig zur Vorbereitung der Übernahme seines neuen Kommandos in London. Die „Sunday Express“ behauptet, daß General Chetwode sich von der Regierung freie Hand für später möglicherweise notwendig werdende Notstandesmaßnahmen in Indien geben lassen werde. Auch die Frage einer Verstärkung der militärischen Streitkräfte in Indien werde erörtert werden.

Verräter Gandhi „bedauert“

London, 2. Juni. Aus Simla wird gemeldet, daß Gandhi aus dem Gefängnis einen Brief an den Vizekönig geschrieben hat, in dem er seinem Bedauern über die gewalttätigen Zwischenfälle Ausdruck gibt, die auf seinen Feldzug zugunsten des zivilen Ungehorsams gefolgt sind. Gandhi lehnt alle Verantwortung dafür ab und bekräftigt erneut, daß seine Anhänger entschlossen seien, an dem Grundsatz des passiven Widerstandes festzuhalten.

Neue Kätegebiete in China

Baukündigung in Shanghai und Peking

Shanghai, 2. Juni. Seit einer hier eingetroffenen Meldung haben die Partisanentruppen unter Führung von Kan De Gu die Stadt Pinglang, 120 Kilometer von Tschangha, der Hauptstadt Suanans, besetzt. In Tschangha wurde der Belagerungszustand erklärt.

In Shanghai und Peking herrscht Baukündigung, hervorgerufen durch die gigantischen Erfolge der kommunistischen Bewegung im Süden und den katastrophalen Sturz des Silbers. Viele in- und ausländische Firmen haben bereits ihren Bankrott erklärt.

Die englische Zeitung „Peking and Tientsin Times“ hob in einem Artikel den bedeutenden Umfang der Arbeiter- und Bauernaufstände in den meisten chinesischen Provinzen hervor. Das Blatt richtet eine Aufforderung an Tschang Kai Schel und die Generäle der Nordarmee, ihre Meinungsverschiedenheiten „in friedlicher Weise zu regeln, um den gemeinsamen Kampf gegen die Kommunisten zu gewinnen, weil dieses andernfalls zu spät sein wird“.

Blutige Zusammenstöße in Oesterreich

Wien, 2. Juni. In Neunkirchen bei Wiener-Neustadt gab es gestern heftige Zusammenstöße zwischen Faschisten und Arbeitern. Ein Lastauto mit Heimwehriemern fuhr durch den Arbeiterort. Die Inassen beschimpften sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter, sprangen dann vom Auto ab und gingen tätlich gegen die Arbeiter vor, die sich gemeinsam energisch zur Wehr setzten. Ein Faschist und ein Arbeiter wurden schwer verletzt, mehrere Personen leichter.

Gegen das Wüten der Bestie in Indien

Ein Aufruf des Zentralkomitees der Roten Hilfe Deutschlands

Das Zentralkomitee der Roten Hilfe Deutschlands erläßt folgenden Aufruf an die deutsche Bevölkerung:

Die in raschem Tempo sich vollziehende revolutionäre Erhebung des Proletariats findet in der Freiheitsbewegung der indischen Arbeiter- und Bauernmassen gegen den englischen Imperialismus ihre beste Bestätigung. Hier wie in China und in anderen Kolonien erheben sich die werktätigen Massen, um das imperialistische Joch abzuschütteln und dadurch den Weg freizumachen für den Sturz des Kapitalismus und die Aufrichtung der Sowjetmacht.

Mit grausamen Mitteln sucht der Imperialismus diese Erhebung der Massen zu unterdrücken. Zu Tausenden werden die Kämpfer niedergemetzelt. So auch in Indien.

Die gegenwärtige englische Regierung ist eine Regierung der sogenannten „Arbeiter“partei unter Führung MacDonalds. Sie ist es, die die weiße Bestie des britischen Militarismus auf die werktätigen Massen in Indien hetzt, die um ihre Freiheit kämpfen. In einem Meer von Blut will sie die Revolution ersäufen. Diese Sozialdemokraten in der englischen Regierung treiben das gleiche blutige Handwerk gegen die werktätigen Massen wie die bürgerlichen imperialistischen Mächthaber.

Unerhörte Opfer bringen die indischen Arbeiter- und Bauernmassen in ihrem revolutionären Kampf gegen den Imperialismus. Sie weichen keinen Schritt vor den Mordhänden des englischen Imperialismus zurück. Unermessliche Not peinigt diese Kämpfer.

Der Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands spricht den indischen werktätigen Arbeiter- und Bauernmassen seine volle Sympathie für ihren heroischen Kampf aus und ruft die werktätigen Massen Deutschlands auf, in großen Kundgebungen den härtesten Protest gegen den Massenmord in

Indien durch die englische Regierung zu erheben. Durch Delegationen aus den Betrieben, Massenorganisationen und Massenfundgebungen muß den diplomatischen Vertretern des englischen Imperialismus dieser Protest zur Kenntnis gebracht werden.

Es lebe der Freiheitskampf der indischen Arbeiter und Bauern gegen den englischen Imperialismus!

Es lebe die revolutionäre internationale Solidarität der werktätigen Massen der ganzen Welt!

Zentralkomitee der Roten Hilfe Deutschlands.

Kurze Auslandsnachrichten

Die schwedische Regierung ist wegen einer Niederlage im Reichstag zurückgetreten.

In Ubo in Finnland ist das erste Unterseeboot, das auf einer finnischen Werft gebaut wurde, vom Stapel gelaufen. Bisher hat Finnland seine Kriegsschiffe ausschließlich von England oder Frankreich bezogen.

In Korea fanden große Arbeiterdemonstrationen gegen den japanischen Imperialismus statt. Die japanischen Konsulate in Peking und Lungschingtun wurden in Brand gesteckt.

Daily News und Daily Chronicle, die beiden englischen liberalen Blätter, wurden wegen des vollkommenen Bankrotts des Daily Chronicle zusammengelegt und erscheinen jetzt mit dem Titel „Daily News and Chronicle“.

Die Kämpfe im Nordwesten

Bombay, 2. Juni. Nach einer Meldung aus Peshawar haben die englischen Regierungstruppen in der nordwestlichen Grenzprovinz zwei Dörfer nebst den übrigengebliebenen Häusern Tscharades niedergebrannt, angeblich, weil das Stabsquartier der revolutionären Truppen sich dort befand. Die antienglische Propaganda greift weiter um sich auf dem ganzen Territorium von Tirach (nordwestliche Grenzprovinz) bis zum Indus-Fluß. In der Provinz dauern die Militäroperationen fort. Der Maschaden-Stamm unternimmt einen Vormarsch gegen einige Dörfer, welche die englischen Behörden bei der Unterdrückung des Aufstandes unterstützt. Die englischen Behörden drohen, die Maschaden mit Flugmaschinen zu bombardieren, wenn der Vormarsch nicht eingestellt wird.

Greuelthaten englischer Soldaten in Peshawar

Bombay, 2. Juni. Das Organ des Nationalkongresses in Bombay beschreibt die Ereignisse von Peshawar. Das Blatt behauptet, die Engländer hätten dort wehrlose Männer, Frauen und Kinder kaltblütig getötet. Die offiziellen Mitteilungen aus Peshawar geben die Zahl der Toten auf 26 und über 50 Verwundete an. Das Bulletin des Nationalkongresses aber schätzt die Zahl der Toten auf Grund vorläufiger Informationen auf mehrere hundert. Das Organ behauptet, eine genaue Anzahl der Toten festzustellen, sei sehr schwer, weil die englischen Behörden gleich nach den Zusammenstößen die Leichen sofort verbrennen ließen. Das Blatt hebt hervor, daß die Beschießung der Menge nur geschähen sei, um die Bevölkerung von Peshawar zu terrorisieren. Eine Abteilung englischer Soldaten feuerte ohne Warnung auf die Menge, in der sich auch viele Frauen und Kinder befanden. Die Menge, welche vorwiegend aus Bauern bestand, zeigte viel Geisteszgegenwart und kämpfte mit Todesverachtung gegen die anstürmende Polizei. Viele der Gefallenen sind von über 20 Kugeln durchbohrt. Ein verwundeter



69. Fortsetzung.

Ein Schmerz glückt mir in der Brust auf und ab. Ich kann nichts mehr unterscheiden. Die Augen der Versammelten tangen wie Trübsal.

Ich weiß nicht, was der folgende Diskussionsredner dort oben spricht, höre nichts, stehe neben ihm, einen der Zettel in der Hand.

Der Diskussionsredner tritt ab. Ich höre meinen Namen rufen, höre die Aufforderung, weiter vorzutreten.

Ich versuche zu sprechen, aber der gluckende Schmerz in der Brust legt sich wie ein Rückschlagventil auf meine Lungen, die Brust droht zu bersten, als ich in das grinsende Gesicht Brunners sehe, der auf der Bühne am Tisch sitzt.

Ein pridelndes Judes läuft mir durch die Aebren. Sein widerwärtiges Grinsen zeigt meine Füße in Bewegung, hebt meine Arme. Brunner wird unsicher, sein Lachen verschwindet, er will zurückweichen, erhebt sich, — aber zu spät.

Als mich viele Hände auf einen Stuhl zwingen, sehe ich ihn vor mir zwischen den ersten Stühlen im Saale liegen. Sie drängen ihn hinaus. Er flög im großen Bogen hinab.

Riedel steht vor mir. „Bekold! was machst du?“ Er schnauft wie ein gehegtes Pferd.

Einer wischt mir Blut aus dem Gesicht. „Ist dir schlecht?“ fragt Riedel.

„Nein, ich möchte jetzt sprechen!“

Ich sehe vor mir die niedergeschlagenen Kammerer, sehe in die Gesichter der polnischen Arbeiter. Sehe die Kameraden meiner Batterie, sehe Sophie, sehe die französische Proletarierfrau, sehe die polnische Mutter. Ich sehe die geschundene

Menschheit und ihre Feinde, sehe Walter im Granatsfeld irren, fange an zu sprechen, spreche zu allen. Ganz hinten, scheint mir, sehe ich Karl Liebknecht, das unbelebte Hirn, seine Augen, wie rote Fäden in den Tiefen dieser verlogenen Welt, holen die Wahrheit, die dieser harte Mund spricht. Ich sehe die Kolben der russischen Arbeiter auf die Kriegsbeker niedersaufen, höre sie um Hilfe rufen.

Zu ihnen allen spreche ich.

Erst an den Zwischenrufen merke ich wieder, daß ich in Berlin, auf dem Flugplatz bin. Als ich erde, bricht ein hundertsichtiges Hoch auf Liebknecht los.

Walter, der als „Gast“ in der Versammlung ist, steht neben mir und sagt: „Du mußt sofort verschwinden, Hans!“

Wir gehen. Ein Gewerkschaftsbeamter versucht noch zu sprechen, kann sich aber kein Gehör mehr verschaffen. Eine Rinderheit bestätigt provisorisch die alte „Kommission“ und Riedel nimmt wieder als Obmann an. Ein Trupp Arbeiter und Arbeiterinnen begleitet mich zur Bahn. Als wir aussteigen, sagt Walter: „Hans, seh dich beiziten um, wo du bleibst.“

„Werd' schon sehen! Sage Sophie vorderhand nichts!“

„Nein“, sagt er, „ist auch besser. Grüße sie von mir, seh' wohl! — bis Montag.“

Immer wieder müssen Genossen fort oder verschwinden. Die Repressalien gegen die „Miesmacher“ werden immer rücksichtsloser, es fidert durch, daß es unter den Matrosen gärt, man statuiert ein Exempel: mit Zuchthaus und Standrecht will man die „Manneszucht“ retten. In den Parlamenten wird mit „Erfolg“ darum gekämpft, daß die „tapferen Feldgrauen“ nicht mehr an Kanonenruder oder Büchse gebunden werden. Kein „Volksvertreter“ in den Parlamenten solidariert sich mit den standrechtlich Verurteilten. Selbst die „Radikalen“ unter ihnen entrichten sich über den Vorwurf, daß sie die Weiterer unterstützen und rüden immer wieder von Liebknecht ab.

Es wird jedoch immer schwerer, die Arbeiter niederzuhalten. Das kommt in allen Berichten zum Ausdruck.

Wir gehen, wie in unierter Besprechung vom Montag verabredet, zu einer Branchenversammlung der Dreher. Der Saal ist überfüllt. Es ist Sonntag, schon fröhlicher Herbst. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung:

„Kollegen und Kolleginnen! Wir sind uns wohl der schweren

Verantwortung bewußt, die auf uns allen lastet. Wir haben hier Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. Die rasende Teuerung zwingt uns, einen Ausgleich zu suchen. Ich hoffe, daß ihr uns die Arbeit nicht unnötig erschwert mit unfruchtbaren Diskussionen. Sollte wider Erwarten der Versuch gemacht werden, nicht in eine Gewerkschaftsversammlung gehörend, Reden zu halten, scheidet sich die Versammlungsleitung lieber gezwungen, im Interesse der Sache rücksichtslos durchzugreifen. Ich hoffe auf die Unterstützung aller vernünftigen Kollegen.“

Ein ironisches „Red' nicht lange!“ unterbricht ihn öfter, oder ein Juruf „Komm selbst zur Sache!“ Als er sich legt, herrscht hörbare Unruhe. „Merkt ihr was?“ schreit einer durch die hohle Hand in den Saal. „Sehr richtig!“ lautet die mehrstimmige Antwort.

Der Verbandsbeamte erstattet den Bericht. „Die Verhandlungen haben zu keinem positiven Resultat geführt. Die Unternehmer suchen immer wieder zu verschleppen. Der Verband wird aber die letzten friedlichen Mittel nicht unangewandt lassen. Sollte wider Erwarten auf der Gegenseite kein Entgegenkommen zu verzeichnen sein, werden wir von dem letzten Mittel nicht zurückschrecken. — Die Schuld fällt dann auf jene, die kein Verständnis für die schwierige Lage der Arbeiterschaft haben.“

„Du ahnungsloser Engel!“

Dieser Zwischenruf löst gleich schallendes Gelächter aus. Der Redner weiß nicht, ob er sich mehr über den Zwischenrufer oder über die Lacher ärgern soll und sagt: „Laß deine faulen Wisse, wenn du was willst, komm hier herauf!“

„Zur Geschäftsordnung!“

„Kollegen, wir haben den Bericht gehört. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir die Diskussion darüber zurückstellen, bis wir den zweiten Punkt: „Der Konflikt in der Branchenleitung“ entgegengenommen haben. Wir wissen doch gar nicht, ob die alte Branchenleitung das Vertrauen der Kollegen noch besitzt. Ich erhebe das zum Antrag.“

Es wird für und gegen den Antrag gesprochen. Die Mehrzahl stimmt für die Erledigung der vorgeschlagenen Tagesordnung.

„Das Wort hat der Genosse Hünnemann.“

(Fortsetzung folgt.)

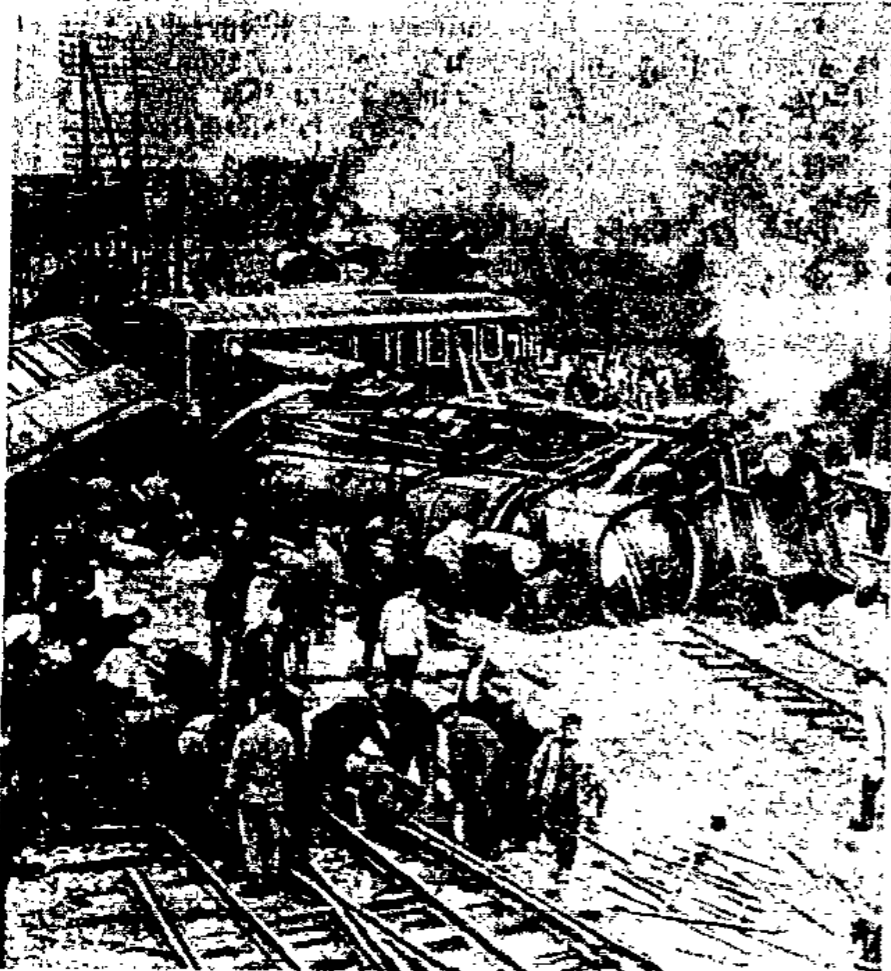
Rund um den Erdball

Ein Sonntag der Katastrophen

Sieben Tote bei einem Eisenbahnunglück in Frankreich — 14 Verletzte in Darmstadt
Schiffszusammenstoß im Kanal — Großfeuer in einem amerikanischen Irrenhaus
Wieder Tiefenüberschwemmungen in Südfrankreich

Paris, 1. Juni. In der Nacht zum Sonntag ist der aus Paris nach Algier fahrende Schnellzug etwa hundert Meter vor dem Bahnhof Mont de Meaux, der etwa 90 Kilometer südwestlich von Paris gelegen ist, entgleist. Sieben Personen fanden dabei den Tod, 30 wurden verletzt, darunter acht lebensgefährlich.

Die gesamte bürgerliche Sensationspresse nimmt dieses bedauernde Unglück zum Anlaß einer hundsgemeinen Kommunistenhetze. Behauptet sie doch nicht mehr und nicht weniger,



An der Unglücksstätte

daß eine kommunistische Kadfraktion einige Stunden vor der Katastrophe in der Nähe Mont de Meaux gesichtet worden wäre. Speziell die korrupte Pariser Rechtspresse macht aus dem Unglücksfall einen Anschlag auf den Ministerpräsidenten Tardieu, der an dem Abend die Rede benutzt hat. Inzwischen liegen aber bereits einwandfreie Meldungen vor, daß die Entgleisung darauf zurückzuführen ist, daß infolge eines Versehens eine Drähtseilbahn auf den Schienen stehen geblieben ist, worauf der

von Paris kommende Schnellzug mit einer Stundengeschwindigkeit von 70 Kilometern auffuhr. Unter den Toten befindet sich u. a. eine ganze Familie, bestehend aus Vater, Mutter und zwei Söhnen.

Das Darmstädter Rangierunglück

Darmstadt, 1. Juni. Am Sonntag vormittag wollte im hiesigen Hauptbahnhof eine Rangier-Abteilung von dem im Bahnhof haltenden Personenzug Wiesbaden—Mühlhausenburg einige leere Wagen abziehen. Hierbei stieß die Lokomotive mit voller Wucht auf den Personenzug. 14 Reisende der vorderen Abteile erlitten dabei Verletzungen.

Schiffskatastrophe fordert 15 Todesopfer

London, 1. Juni. In der Nacht zum Sonntag ist an der Südküste Englands im Kanal der 1500 Tonnen große schwedische Dampfer „Inger“ mit dem 6500 Tonnen großen italienischen Tankerschiff „Viterbo“ zusammengestoßen. Innerhalb weniger Minuten sank das schwedische Schiff. Von der 18 Mann starken Besatzung wurde ein Matrose tot, ein anderer verletzt und zwei weitere unverletzt geborgen. Der Rest der Besatzung, insgesamt 14 Mann, werden vermißt. Man befürchtet, daß sie sämtlich den Tod in den Wellen gefunden haben. Zur Zeit suchen Rettungsboote den Kanal nach Ueberlebenden ab.

Irrenanstalt mit 6000 Kranken in Flammen

Newport, 2. Juni. In dem mit 6000 Kranken besetzten Irrenhaus „Central Asylum“ auf Long Island brach am Sonntag, angeblich infolge Brandstiftung, Großfeuer aus. Den Wärtern gelang es nur mit Aufbietung aller Kräfte, die Kranken zu beruhigen und in Sicherheit zu bringen. Zehn Feuerwehrleute wurden bei den Löscharbeiten mehr oder weniger schwer verletzt.

Wieder zwei südfranzösiche Dörfer überschwemmt

Paris, 2. Juni. Die Umgebung von Toulouse wurde am Sonntag wieder einmal von einer großen Heberschwemmung heimgesucht, die besonders auf den Feldern riesige Schäden anrichtete. Die beiden Dörfer Montlaur und Escalquens, die etwa 20 Kilometer von Toulouse entfernt liegen, wurden von einem wolkenbruchartigen Regen überschwemmt. Viele Bauern mußten daher zum zweiten Mal das eben notdürftig wieder hergestellte Anwesen verlassen, da Wasser in die Wohnungen eindrang und die Einrichtungen fortgeschwemmt. Die Eisenbahnbrücke von Montlaur ist vollständig überschwemmt. Aus dem nahen Kanal wurde am Sonntagabend die Leiche eines Hirten geborgen, der von den Fluten fortgeschwemmt worden war.

Warum Kürten ungestört morden konnte

Immer neue Beweise für die Unfähigkeit der Düsseldorfer Kriminalpolizei — Des Massenmörders Verhaftung nur Verdienst eines tapferen Proletariermädchens

Düsseldorf, 2. Juni. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht bei der Vernehmung des als der „Düsseldorfer Mörder“ verhafteten Peter Kürten neue, ungläublich klingende Einzelheiten über das vollkommene Verjagen der Düsseldorfer Bürgerkriegspolizei ans Tageslicht gesetzt werden.

Selbst bürgerliche Zeitungen können nicht umhin, in diesem Zusammenhang von „unentschuldlichen Kunstfehlern“ zu sprechen, durch die es dem Mörder erst ermöglicht wurde, 15 Monate lang eine ganze Stadt in panischen Schrecken zu versetzen. Im tiefsten Grunde widerwillig, bleibt es dieser feilen Journalle, die sonst bereit ist, jede Polizeibrutalität gegen revolutionäre Arbeiter zu decken, nicht erspart, festzustellen,

daß trotzdem der Düsseldorfer Kriminalpolizei der Zufall bei der Entdeckung des Mörders zu Hilfe kam, sie aber dennoch auf der ganzen Linie versagte.

Bezeichnend dafür ist folgender Vorgang: Zwei Kriminalbeamte begleiteten die im Grafenberger Wald vergewaltigte Maria Bülk in die Neittanner Straße, wo bekanntlich Kürten, wie sich später herausstellte, auch wohnte. Als das Mädchen Haus und Wohnung Kürtens nicht gleich wieder fand, jagte einer der ungeduldigen Kriminalbeamten zu ihr:

Sie solle nur ruhig nach Hause gehen. Fände sie eines Tages den Mann, der sie gewürgt hat, so solle sie seine Verhaftung veranlassen.

Das tapfere Mädchen bestand aber darauf, weiter zu suchen, worauf die Kriminalbeamten einfach ihrer Wege gingen. Tatsächlich gelang es ihr dann auch nach vielen Mühen, die Wohnung und den Namen des Massenmörders ausfindig zu machen. Also einzig und allein der Initiative dieses tapferen Proletariermädchens ist es zu verdanken, daß der Massenmörder seine bereits vorbereiteten neuen Mordtaten nicht ausführen konnte.

Auch in Danzig „Blutschande“-Prozess Fünf Jahre Zuchthaus

Danzig, 2. Juni. Das erweiterte Schöffengericht in Danzig verurteilte den 42-jährigen Tapezierer Arthur Gerhard wegen Verurteilung unzüchtiger Handlungen an seinen drei Kindern und einem Adoptivsohn zu fünf Jahren Zuchthaus.

Der Angeklagte soll sich in den Jahren 1920 bis 1923 an seinen beiden Töchtern, die jetzt 10 bzw. 17 Jahre alt sind, und seinem 16-jährigen Sohn und dem 17-jährigen Adoptivsohn fortgesetzt schwer vergangen haben. Er leugnete zunächst jede Verfehlung, gestand dann aber schließlich seine Vergehen gegenüber der ältesten Tochter ein. Die Gerichtspräsidenten brachten, trotzdem die krankhafte Veranlagung dieses Mannes offensichtlich war, den traurigen Mann auf ihn als getriggert pölig normal zu bezeichnen. Bei der Verkündung des unerhörten Urteils schrie der Verurteilte gellend auf, während seine Frau und eine nahe Verwandte von ihm im Nebenraum Ohnmachtsanfälle erlitten.

Mutter mit 5 Kinder verbrannt

Wie aus Glen Echo im amerikanischen Staate Maryland gemeldet wird, brach dort in einem Landhause ein Feuer aus, das mit großer Geschwindigkeit um sich griff. Während sich der Besitzer, ein Krüppel, retten konnte, kamen seine Frau und seine fünf Kinder in den Flammen um.

Schweres Flugzeugunglück bei Amiens

Ein schweres Flugzeugunglück ereignete sich am Sonntag in der Nähe von Amiens. Eine dreißigige Maschine war zu einem Bergabflug aufgestiegen und stürzte infolge eines Motorschadens aus beträchtlicher Höhe ab. Der Fahrer und die beiden Insassen des Flugzeuges waren an der Stelle tot.

Zwei Tote bei einem Motorradunglück

In der Nähe von Sangerhausen stießen zwei Motorradfahrer auf der Landstraße zusammen. Beide Fahrer erlitten so schwere Verletzungen, daß sie bald nach ihrer Ueberführung ins Krankenhaus verstarben.

Fallschirmabsprung aus 8000 Meter Höhe



Der amerikanische Flieger White hat kürzlich einen Fallschirmabsprung aus einer Höhe von 8000 Metern ausgeführt. Kurz nach dem Absprung aus dem Flugzeug verlor der Flieger die Besinnung und sauste etwa 5000 Meter tief zur Erde, ehe sich der Fallschirm öffnete. Kurz vor seiner Landung erlangte er erst das Bewußtsein wieder. Unser Bild zeigt den waghalsigen Springer in seiner Ausrüstung kurz vor dem Aufsteig.

Neue Opfer des Lübecker Säuglingsmordes

Die Mörder immer noch in Amt und Würden

Lübeck, 2. Juni. Wiederum sind zwei Säuglinge proletarischer Herkunft an den Folgen des mörderischen Calmette-Fraßes gestorben. Die Zahl der Opfer, bei denen man einwandfrei Tuberkulose als Todesursache festgestellt hat, ist somit auf 24 gestiegen. Bei drei weiteren Todesfällen ist nach der mit Vorsicht auszunehmenden Meldung des Lübecker Gesundheitsamtes der Calmette-Schuhstrah nicht „einwandfrei“ als Todesursache erkennbar.

Der Beschluß der Lübecker Bürgerschaft, die für das Massensterben verantwortlichen Ärzte, den Leiter des Gesundheitsamtes, Dr. Alstedt, und den Direktor des Kinderkrankenhauses, Professor Dr. Denke, zu suspendieren, ist aus „formalen“ Gründen bisher noch nicht durchgeführt. Beide üben also nach wie vor ihr Amt aus.

Das goldene Telephon des Papstes

Die Vatikanstadt modernisiert sich. Gegenwärtig wird in dem Territorium von Mussolinis Gnaden ein Fernsprechnetz gelegt, das etwa 300 Telephonleitungen umfaßt. Hierdurch wird die fernmündliche Verständigung zwischen den Botschaftern der Vatikanstadt mit denen des außerhalb des päpstlichen Herrschaftsgebiets gelegenen Villenviertels ermöglicht.

Amerikanische Millionäre, fromme Katholiken, bei denen Geld keine Rolle spielt, sobald es sich um die Unterstützung konterrevolutionärer Bestrebungen handelt, haben die Kosten für den Bau der vatikanischen Telephonanlagen übernommen. Dafür werden ihre Arbeiter und Angestellten eben noch mehr ausbeutet. Die Krönung des „hochherzigen“ Geschenks bildet jedoch der aus massivem Golde hergestellte Fernsprecher, der eigens zum Gebrauch des „Heiligen Vaters“ bestimmt ist. Pius wird ihn alsbald zu Bannflüchen gegen das neue Rußland benutzen.

Es gibt in aller Welt Arbeitslose, Nachkriegselend, Hunger, Verzweiflung. Die fromme Legende erzählt, ein Papst habe sich im Mittelalter beschämt eingeschlossen, als er erfuhr, in Rom sei ein Mensch verhungert. Die Epigonen sind nicht so sanftmütig. Papa Pius freut sich jedenfalls über den wertvollen Apparat. Wieviel menschliches Elend hätte mit der Geldsumme gemindert werden können, die zur Anschaffung dieses kostbaren Geschenks verausgabt wurde?!

Aus der neuesten Nummer der reich illustrierten Rundschau „Der Arbeiterkampf“.

Ein geschäftstüchtiger Magistrat

In dem schlesischen Städtchen Löwenberg hat jüngst eine kassenfreundliche Stadtväter-Mehrheit die Kassensteuer abgelehnt. Um den dadurch entgangenen Verdienst auf andere Weise wieder hereinzubringen, ist der geschäftstüchtige Magistrat auf die Idee gekommen, auf den Promenadenwegen Gassen aufstellen zu lassen, in denen die vor allem nachts sich herumtreibenden Kassen gefangen werden. Der Besitzer muß dann die Auslösung seines Kassenviechs 3 Mark zahlen. Auf die Weise ist schon mancher gute, harte Talef in den Stadtkassentöpfen geflossen.

Nach die Reichswehr verlangt Die gestrige Stadterordnetenversammlung aufgelassen kommunale Zuschüsse!

Die über 2 Millionen für die Polizei genügen der „Staatsgewalt“ nicht Dr. Wagner wieder Oberbürgermeister — Drei neue bürgerliche Stadträte

Die gestrige Stadterordnetenversammlung ist unter Fruch auseinandergegangen. Anlass dazu war die provokatorische Forderung, für die im Juni dieses Jahres stattdessen Reichswehr im Austausch einen kommunalen Zuschuß von 1700 Mark zu geben.

Jeden Reichswehrsoldaten wird pro Tag seines Breslauer Manöveraufenthaltes (die Waffenschule aus Jüterbog soll herkommen) 4,50 Mark Verpflegungsgeld bewilligt. Die Breslauer Erwerbslosen werden sich das merken und verlangen, daß man auch ihnen einen solchen Satz bewillige (lebhafte Zustimmung auf der Tribüne).

Er beantragte, daß diese Summe abgesetzt, und dem Wohlfahrtsrat zugewiesen werde.

Die Sozialdemokraten, die in früheren Jahren die eifrigsten Befürworter des Polizeizuschusses waren, ließen dieses Mal durch Birken erklären, daß sie „eigenlich“ auch Gegner der Polizei seien, und sie würden dem kommunalistischen Antrag zustimmen, wenn der preussische Staat nicht die „Möglichkeit“ hätte, den Zuschuß von den Lieberwitzer Steuern zurückzubehalten.

Den 120 auf der Bergstraße wohnenden Emittierten sind ihre nur mit großer Mühe angeschafften Möbel und Kleidungsstücke durch die in den „Wohnungen“ herrschende Misse, die eine Folge von Bauverschleiß ist, fast vollkommen verdorben.

Der Ausschuß hatte nun beschlossen, insgesamt 865 Mark „Entschädigung“ zu zahlen, von denen noch 551 Mark für Mietsrückstände absetzen sollen, so daß der lächerliche Betrag von 314 Mark ausgezahlt würde.

Genosse Guhr prangerte diesen Plan des Magistrats an und beantragte, den Entschädigungsbetrag auf 3000 Mark zu erhöhen. Diese Summe soll von einer Kommission der Bewohner unter Führung eines Magistratsvertreter verteilt werden.

Herr Wache ist heute abend nicht Sozialdemokrat Die Sozialdemokraten überschlagen sich gegenwärtig in Epithetenleistungen politischer Heuchelei. Jetzt, da sie für einige Zeit Nichtteilnehmer der Regierungskoalition sind, mimen sie in jüdisch unverschämter frecher Weise „Opposition“, daß man sich nur immer wieder verwundert fragt, für wie dumm doch diese Leute die Arbeiter halten müssen, wenn sie glauben, daß ihr betrügerisches Spiel nicht durchschaut wird.

noch schlimmeren Zustände als auf der Bergstraße herrschen in den Holzbaracken Langs Gasse. Im übrigen beantragte die kommunalistische Fraktion

Die Stadtratsprache in den städtischen Kassenbüchern sind — wir haben darüber bereits geschrieben — von dem Magistrat ohne Befragen der Stadterordnetenversammlung so unerhört erhöht, daß z. B. ein Sonntagbesuch im Strandbad West 45, und im Strandbad Leerschütz sogar 75 Pfennige kostet.

Wie sich die hohen Preise auswirken, beweist am besten das Strandbad Norden, das fast vollkommen leer ist, während einige Meter weiter Hunderts im freien Wasser baden.

Und so wie hier ist es überall. Das freie Baden aber ist für viele mit Lebensgefahr verbunden. Der Antrag, die Badpreise so wie im Vorjahre zu belassen, wurde schließlich angenommen. Zum Etat der Heilstätte und dem Pflegehause Deraprotisch beantragten unsere Genossen insgesamt 8355 Mark, die in ihm für Wasser aller Konfessionen sowie für andere religiöse Zwecke enthalten sind, zu streichen und diesen Betrag für eine Aufbesserung der Verpflegung zu verwenden.

Ein Zug marschiert durch eine Geschäftsstraße. Die Verkäuferinnen stehen vor der Tür. Die Marschierenden winkten ihnen zu. Einige der Verkäuferinnen klopfen mit dem Finger an die Schläfer: „Zur Nacht einen Vogel“ oder drehen sich um und zeigen nach dem verlängerten Rücken. Eine sagt: „Die Jüdinnen fallen vor Hunger bald um und rennen sich für die Speckbänche die Haden krumm“.

Am dem Bachplatz will ein mit sechs Helfden besetztes Auto halten. Der Schupo fordert sie auf, weiter zu fahren, da sie hier aus verkehrstechnischen und Sicherheitsgründen nicht halten dürfen. Er wird von den Insassen gehörig angebrüllt. Das Auto fährt weiter. Der Schupo sagt zu den Passanten gewendet: „Die sollen nur froh sein, daß wir da sind, sonst lämen sie nicht bis hierher“.

Auf der Frankfurter Straße kommen fünf Helfden auf Rädern, Richtung Innenstadt. Einen Radfahrer, den sie überholen, fragen sie nach einer Straße. Antwort: „Nach dem ersten Prankenhaus noch 15 Minuten, am Friedhof seid ihr schon vorbei“.

Ein Stück weiter kommt eine Frau mit einem Kriegsblinden. Sie wird auch nach der Straße gefragt. Darauf stellt sie sich die Büsche der Reihe nach an, greift nach dem Kopf des Blinden und macht mit ihm Bewegungen, als wollte sie den Fragern die Richtung auf den Rücken malen.

Ein Zug marschiert durch eine Geschäftsstraße. Die Verkäuferinnen stehen vor der Tür. Die Marschierenden winkten ihnen zu. Einige der Verkäuferinnen klopfen mit dem Finger an die Schläfer: „Zur Nacht einen Vogel“ oder drehen sich um und zeigen nach dem verlängerten Rücken. Eine sagt: „Die Jüdinnen fallen vor Hunger bald um und rennen sich für die Speckbänche die Haden krumm“.

Dem Ruhe der Kommunistischen Partei, Stadtteil West, gegen den Stahlhelmsaufmarsch vom Sonntag und gegen die Polizeibrutalitäten zu protestieren, waren die Arbeiter in Massen gefolgt. In revolutionärer Disziplin bewegte sich ein mehrere hundert Mann starker Zug durch die Arbeiterviertel.

So wie in diesem Fall ist die SPD immer. Sie hat zwei Gesichter. Eines, das der „empörten“, „entschiedenen Opposition“, feiert sie den Arbeitern zu, wenn es ihren politischen Zwecken dient, und das andere, das der kriecherischen Bereitwilligkeit, die Interessen der Kapitalisten zu vertreten und ihre Befehle bedingungslos durchzuführen, wendet sie der herrschenden Klasse zu.

So wie in diesem Fall ist die SPD immer. Sie hat zwei Gesichter. Eines, das der „empörten“, „entschiedenen Opposition“, feiert sie den Arbeitern zu, wenn es ihren politischen Zwecken dient, und das andere, das der kriecherischen Bereitwilligkeit, die Interessen der Kapitalisten zu vertreten und ihre Befehle bedingungslos durchzuführen, wendet sie der herrschenden Klasse zu.

treter Befehl den kourigen Mut, die hierfür benötigten 3000 Mark pro Jahr zu verweigern, weil sie angeblich nicht notwendig wären. Das sagte ein Mensch, der in einer Stunde mehr verdient, als dort braunen arbeitszerwühlte Weile im Adhaffalle in einem ganzen Monat bekommen. Trotz des Widerspruches des Magistrats wurde dieser Antrag angenommen, der kommunalistische jedoch abgelehnt.

Ein kommunalistischer Antrag, von dem Genossen Jylka vertreten, der die Auflösung der Albert und Toni Reisser-Stiftung in der Fürstenstraße verlangt, wurde abgelehnt, obwohl dieses Haus jährlich 20000 Mark Zuschuß erfordert; das heißt, jeder der circa 900 jährlichen Besucher kostet uns fast 25 Mark Zuschuß. Ein sozialdemokratischer Antrag, der die Auflösung für nächstes Jahr prüfen wollte, wurde angenommen.

Am Anfang der Sitzung wurden die Neuwahlen für den Oberbürgermeister und die bürgerlichen Stadträte Lohrer, Fuchs und Schmidt vorgenommen. Vor Beginn der Wahl gab Genosse Guhr die Erklärung ab, daß die kommunalistische Fraktion, nachdem ihr Antrag auf Nichtbesetzung der frei werdenden Stellen abgelehnt sei,

Madon werde. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Zum Oberbürgermeister wurde Dr. Wagner (Demokrat) auf weitere zwölf Jahre mit 47 Stimmen wiedergewählt. Eckstein (SPD) erhielt 31 Stimmen; der zurzeit auf Festung sitzende Genosse Arthur Domrowski 3 Stimmen. Zu Stadträten wurden Wolf (Zentrumsfraktion) mit 48, Kühn (Volksparteiliche Magistratsrat) mit 49 und Dr. Weiler (Deutschnationale Obermagistratsrat) mit 49 Stimmen gewählt; der sozialdemokratische Kandidat Ziegler erhielt je 30 Stimmen; unsere Genossen Adelt, Robert Schulz und Jylka je 3 Stimmen.

Die Wahlprüfung bedeutet eine Verschärfung des Kurzes des Magistrats. Die Deutschnationalen haben das erstmal einen besetzten Stadtrat, und der Zentrumspol war einer der erbittertesten Schärfer der Stadterordnetenversammlung. Doch zweifeln wir nicht, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Magistrats genau wie bisher auch dem verschärften Kurs widerspruchslos Gefolgschaft leisten werden.

Bilder vom Stahlhelmtag

Sonntag früh wollen die frommen Arbeitermörder in die evangelische Erlöserkirche. Im vollen Kriegsgeschrei natürlich mit ihren wunden schwarzeimerigen Füßen. Der Pastor hat einige Bedenken und meint, sie sollten doch ihre Fahnen außerhalb der Kirche lassen. Da aber den Stahlhelmern der liebe Gott nicht so viel wert war wie ihre Fahnen, zogen sie wieder ab, ohne den Herrn, der sie ja bekanntlich frei machen soll, besucht zu haben. Wir wetten, daß diese Sünde wider den heiligen Geist mit tausendjähriger Verlängerung der jüdischen Reichsherrschaft bestraft wird.

In der Gertrudenstraße läuft ein Stahlhelmann einigen Arbeitern in die Hände, die die Gelegenheit wahrnehmen, in nachdrücklichster Weise eine „schlagfertige“ Unterhaltung mit ihm zu beginnen. Von einer Straßenbahn, die vorbeikommt, springt ein anderer Stahlhelmann ab, um zu sehen, was man mit seinem Kumpan aufstellt. Als die Arbeiter sich den Anlämmelung etwas näher betrachten, benutzt der andere die Gelegenheit, schnell auf die Straßenbahn zu springen und davonzufahren, demweil der, der ihm helfen wollte, die nächste Portion Prügel bezieht.

Außerhalb der Innenstadt bemerkte man von dem Stahlhelmtag gar nichts. Und in der Innenstadt auch nur auf bestimmten Straßen etwas. Auf den Durchmarschstraßen nämlich und auf gewissen Gassen, deren Bewohner in eine traditionsgemäß von solch großen Nationalereignissen immer profitieren. So groß wie dort, war höchstens noch der Andrang in den Kneipen.

Außerhalb der Innenstadt bemerkte man von dem Stahlhelmtag gar nichts. Und in der Innenstadt auch nur auf bestimmten Straßen etwas. Auf den Durchmarschstraßen nämlich und auf gewissen Gassen, deren Bewohner in eine traditionsgemäß von solch großen Nationalereignissen immer profitieren. So groß wie dort, war höchstens noch der Andrang in den Kneipen.

Wichtige Protestdemonstration in Breslau-West Insgesamt 159 neue Parteimitglieder

Dem Ruhe der Kommunistischen Partei, Stadtteil West, gegen den Stahlhelmsaufmarsch vom Sonntag und gegen die Polizeibrutalitäten zu protestieren, waren die Arbeiter in Massen gefolgt. In revolutionärer Disziplin bewegte sich ein mehrere hundert Mann starker Zug durch die Arbeiterviertel.

So wie in diesem Fall ist die SPD immer. Sie hat zwei Gesichter. Eines, das der „empörten“, „entschiedenen Opposition“, feiert sie den Arbeitern zu, wenn es ihren politischen Zwecken dient, und das andere, das der kriecherischen Bereitwilligkeit, die Interessen der Kapitalisten zu vertreten und ihre Befehle bedingungslos durchzuführen, wendet sie der herrschenden Klasse zu.

So wie in diesem Fall ist die SPD immer. Sie hat zwei Gesichter. Eines, das der „empörten“, „entschiedenen Opposition“, feiert sie den Arbeitern zu, wenn es ihren politischen Zwecken dient, und das andere, das der kriecherischen Bereitwilligkeit, die Interessen der Kapitalisten zu vertreten und ihre Befehle bedingungslos durchzuführen, wendet sie der herrschenden Klasse zu.

Waldenburger Bergland

Scheidemann macht blauen Dunst

(Arbeiterkorrespondenz.)

In der SPD-Presse läßt Philipp Scheidemann einen Artikel los unter der Überschrift "Kommunismus". Dort wettet er zuerst über den Blutdurst der Nazis, um dann zu dem Schluß zu kommen, daß Nazis und Kommunisten, rechts- sowie links-extrem, gemeinsam zu bekämpfen sind, denn beide wollen die Demokratie untergraben. Die Nazis wollen den kommunistisch-schwindlerischen Faschismus und die Kommunisten den sozialistisch-barbarischen Volkswindismus. Vor dem letzteren hat er schwindlerisch am meisten Angst, denn er schreibt, es sei doch wirklich nicht richtig, einem Stalin die Macht allein in den Händen zu lassen, denn jede Demokratie wäre in Rußland ausgehöhlet. Die SPD hat jetzt Werberwoche, und dieser Artikel soll wohl dazu dienen, den Werber der SPD-Arbeiter etwas zu heben. In der gleichen Nummer bringt man einen Artikel, daß man in der Sowjetdiktatur in Berlin einen Freß- und Saufabend veranstaltet habe unter Leitung von Krestinski, an dem führende Persönlichkeiten der deutschen Kapitalisten teilgenommen hätten. Man zählt auch die verschiedenen Sorten der Speisen und Getränke auf, mit denen sich diese Herrschaften den Markt vollgeschlagen haben sollen. Der ganze Kerger ist wohl der, daß man dazu nicht Scheidemann, weil man um eingeladen hat, aber Scheidemann hat ja leider keinen Abend frei. Er möbliert sich seinen Magen bei Kardorff aus. Man schreibt hinterher, nur die deutschen Kommunisten dürften an diesem Abend nicht teilnehmen. Jetzt, wo die SPD-Minister neben der Regierung sitzen, halten sie ab und zu eine oppositionelle Rede, womit sie aber keinen Hund aus der Hütte hervorbringen, denn die bürgerliche Klasse nimmt sie doch nicht ernst, und bei parlamentarischen Abenden ufm. freffen und saufen sie mit ihren angeblichen politischen Feinden, als wenn sie schon ein Woche nicht mehr geholt hätten. Das ist bewiesen, aber die Beweise für den Abend bei der Reichstagsfeier noch nicht erbracht. Und wenn dem auch so wäre: Die russischen Genossen hätten bestimmt viel lieber mit uns, den Arbeitern, Feste gefeiert - Siegesfeste. Doch solange wir noch infolge der verräterischen Tätigkeit der SPD-Demagogen nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter uns haben und die Macht in den Händen der Kapitalisten liegt, und Rußland mit dem Aufbau der eigenen Industrie noch nicht so weit ist - da sind leider die russischen Genossen gezwungen, Grad und Zylinder aufzusetzen und in den kapitalistischen Ländern verschiedenen Firlefanz mitzumachen. Sie tun es, weil das im Interesse des Weltproletariats notwendig ist. Sorgen wir dafür, daß sie es recht bald nicht mehr nötig haben. Arbeiter, reißt den SPD-Demagogen die Maske vom Gesicht! Der zu uns!

Knappschaftsbeiträge - Ja, Hilfe - nein!

A. R. Welche Zustände auf der Knappschaft herrschen, zeigt folgender Fall: Ich leide seit 1924 an einer Oberarmverrenkung, welche ich mir durch Verschüttung auf der Grube zugezogen habe. Am Sonnabend mußte ich, da ich sechs Wochen den Krankenchein habe, und deshalb drei Wochen vorher vertrauensärztlich untersucht worden bin, zu Dr. Adam (Vertrauensarzt). Als ich nach der Untersuchung mich in der Knappschaft meldete, wurde ich ins Knappschaftsamt nochmals zur Untersuchung überwiesen. Nach zweifachigem Warten wurde ich nach einer halben Stunde Untersuchung für arbeitsfähig geschrieben, und zwar von Dr. Tiegell. Ich stellte den Antrag auf kommissionärztliche Untersuchung auf der Knappschaft, da ich den Arm nicht heben kann, und wurde auf die Sektion 5 der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft verwiesen mit dem Bemerkten, die Knappschafts-Vereinsgenossenschaft ist dafür zuständig, weil es Unfall ist. Bei der Sektion 5 angekommen, wurde mir der Bescheid mitgeteilt: „Laut Gutachten von H. Dr. Tiegell ist es als Dauer-

zustand anzusehen. Sie sind ja nicht gesund, sondern nur arbeitsfähig geschrieben. Eine kommissionärztliche Untersuchung wird abgelehnt.“ Ich stellte den Antrag auf Heberweisung ins Lazarett. Auch dieses wurde abgelehnt. So sieht also die Geschichte aus. Ich arbeite auf der Grube jetzt mit einem Arm, weil mir der nächste Krankenchein entzogen werden soll. Hier, Kumpel, laust du das Gesicht des Landes, das da „Republik Deutschland“ heißt, sehen!

Oberes Revier

Ein treuer Genosse gestorben

Freitag verschied nach langer, schwerer Krankheit unser Parteigenosse Bruno Köhler im Alter von 68 Jahren. Wir verließen in ihm einen alten, treuen Genossen, der schon in der Zeit des Sozialistengesetzes für die Sache des Proletariats kämpfte. Wir werden stets seiner gedenken und in seinem Sinne weiterkämpfen. — SPD-Ortsgruppe Kraußendorf.

Landeshut

Ist so etwas möglich?

In Liebau erhielt ein Mieter von seiner Hauswirthin folgende Abmündungsschreiben: „Da Sie das Wasser auf der Platte kochen lassen, wird die Grube naß; ich künndige Ihnen die Wohnung zum 1. Juni müssen Sie raus. Ich verbiete Ihnen das Stubentreiben zu anderen Leuten, da dann immer gehetzt wird. Ferner verbiete ich mir das Vor-der-Türstehen und zum Fensterhinausschauen!“

Pro Person und Monat 10 Mark zum Leben

A. R. Die Auswirkungen des famosen Young-Planes und der damit verbundenen Sparmaßnahmen der öffentlichen Körperschaften auf Kosten der Ärmsten der Armen zeigen sich auch in Jobten. Dieser Tage sind verschiedenen Unterstützungsempfängern vom Kreiswohlthätigkeitsamt schriftliche Bescheide zugestellt worden, daß ihnen künftig überhaupt keine Unterstützung (vom Kreisfürsorgeverband) mehr gezahlt wird, weil die Betroffenen angeblich auch ohne Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge genügend Einkommen haben.

Wie es sich in Wirklichkeit mit diesem „genügenden Einkommen“ der Betroffenen verhält, das beweist folgender Fall: Die Wittfrau Martha König, Jobten, Streblener Straße 14 wohnt, ist gegenwärtig noch Mutter von drei unmündigen Kindern, für die sie monatlich 44 Mark Waisenrente erhält. Frau König ist infolge körperlicher Leiden zumindest 80 Prozent erwerbsbeschränkt, sie kann sich also schon darum so gut wie nichts verdienen. Vor Jahren mochte sie mit ihren Kindern in einem städtischen Grundstück und hatte wenigstens Gelegenheit, in der warmen Jahreszeit durch Aufbewahrung von Fahrrädern so viel zu verdienen, daß sie für sich und ihre Kinder einen Notgroßen zurücklegen konnte. Dieser Verdienst wurde ihr aber durch den vom Magistrat veranlaßten zwangsweisen Wohnungstausch mit Gewalt genommen. Für den Verbleib-

ausfall wurde ihr jedoch vom Magistrat eine Entschädigung zugesagt, die sie dann auch bis zum 15. Mai 1930 erhalten hat. Inzwischen hat der Jobteuer Magistrat allerdings schon einmal versucht, der Frau die Unterstützung zu entziehen. „Wenn der Frau König die Unterstützung von 20 Mark monatlich entzogen wird, dann wäre sie nicht nur gezwungen, sich selbst von den 44 Mark monatlicher Waisenrente ihrer Kinder mit zu beschäftigen und zu belästigen, sie müßte davon auch noch zehn Mark monatliche Wohnungsmiete zahlen. Der Hauswirth hat bereits Käumungsanlage gegen Frau König eingereicht. Da es jedoch noch leblich vernunftbegabten Zeitgenossen ohne weiteres klar ist, daß vier Personen unmöglich einen ganzen Monat lang von 44 bzw. 34 Mark leben können, so ist und bleibt in aller Öffentlichkeit unsere Forderung, daß in dem vorliegenden Falle die Unterstützung zumindest in gleicher Höhe weitergezahlt wird. Will die Kommunalbehörde sparen, dann soll sie bei den Gehältern ihrer obersten Beamten, nicht aber bei den Ärmsten der Armen anfangen.“

Delegierte zum Städtetag

Am 6. und 7. Juni findet in Landeshut der Städtetag statt. Die kommunistischen Teilnehmer melden sich bei Paul Herrmann, Sloger Straße 22.

Niederschlesien

Der Aufruhr-Prozess gegen den Görlitzer Erwerbslosen-Ausschuß

Am Freitag fand die Beratungsverhandlung in dem Aufruhr- und Aufrührprozess gegen den Görlitzer Erwerbslosen-Ausschuß statt. Das Gericht hatte den Genossen Brodde zu sechs Monaten, und die übrigen vier Angeklagten zu je zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt sowie die Angeklagten legten gegen das Urteil Berufung ein. In der Beratungsverhandlung beantragte der Staatsanwalt für Brodde ein Jahr Gefängnis und für die übrigen Angeklagten je sieben Monate. In seiner Begründung führte der Staatsanwalt aus, daß die als „Mittläufer“ bezeichneten Angeklagten „exemplarisch bestraft“ werden müßten, da diese erst dem Anführer die Möglichkeit zu seiner Betätigung geben, und gerade in der jetzigen Zeit derartige Demonstrationen die Ruhe und Ordnung gefährden. Die Angeklagten beantragten zu Beginn der Verhandlung die Herabführung eines Gerichtsbeschlusses zwecks Vertagung der Verhandlung, da der Vertreter der Angeklagten, sowie der Hauptangeklagte Brodde, nicht anwesend seien (der erkrankt war).

Als Zeugen marschierten die prominenten Bürger mit ihren angemessenen Beamtengehältern und den nörlichen Dienstaufwandsentscheidungen gegen ausgehungerte Erwerbslose auf. Zuerst der sich „genötigt“ fühlende Oberbürgermeister, dann es der die Verhandlung leitende Richter in den Mund legen mußte, daß er sich bedroht gefühlt habe. Selbst der Richter mußte die Zeugen ermahnen, nur das auszusagen, was sie noch genau wissen. Besonders bei Poliausagen kommt es vor, daß sich die Beamten nicht mehr erinnern können, dann sollten sie sagen, sie wissen es nicht mehr, um so mehr, wenn der Fall schon über ein Jahr zurückliegt.

Der Polizeihauptmann Niemiß war natürlich noch alles genau und versuchte seine politische Weisheit über die „Entscheidung der Demonstration“ zu verpacken, was sogar dem Richter zu viel war. In seinen Ausführungen behauptete der den Arbeitern bekannt bekannte Polizeimeister, die Demonstration wäre gar keine Erwerbslosendemonstration gewesen, sondern Arbeiter aus dem Betriebe haben etwa an diesem Tage die Arbeit verläßt, um sich an den

„von den Kommunisten inszenierten Unruhen zu beteiligen“. Von einem besagten Polizeigeheuten kann man wirklich nicht mehr erwarten. Die weiteren Polizeiausagen trugen den bekannten instruktiven Charakter. Die Aussagen verwagerten jedoch die Aussage, daß das Gericht die Vertagung abgelehnt hatte.

Im „Namen des Volkes“ wurde die Revision der Staatsanwaltschaft bezüglich der anwesenden Genossen verurteilt. Gegen den Genossen Brodde wird in einem weiteren Termin verhandelt werden. In der Begründung des Urteils verhöhte der Richter die Erwerbslosen, indem er ausführte, daß gerade die Erwerbslosen, denen es besonders schlecht geht, nicht mitdemonstriert hätten, den demonstrierenden Erwerbslosen es „aber noch nicht so schlecht gehe“. Der Prozess hat eindeutig gezeigt, daß die Justiz gewillt ist, mit den brutalsten Mitteln den Unterhaltungsstaubbau des Reiches sowie der Kommunen zu unterhaken. Im „Namen des Volkes“ werden weiter

tausende von Arbeitern die Gefängnisse füllen, wenn sie es wagen, gegen die besitzende Klasse zu kämpfen.

Rot und Glend würden in den Familien der Gefangenen einkehren, wenn nicht die Rote Hilfe unterstützend zur Seite stände. Kluge Summen gibt diese Organisation monatlich aus für die Gefangenen und ihre Familien. Wenn die Rote Hilfe ihren Verpflichtungen gerecht werden soll, ist es erforderlich, daß alle Arbeiter, die noch nicht dieser Hilfsorganisation angehören, derselben beitreten. Denke daran, daß auch du täglich mit dem Klassenfeind in Konflikt geraten kannst und Hilfe gebrauchst. Rote Hilfe tut not!

Metallarbeiter!

Mittwoch, 19.35 Uhr. Generalversammlung in der Uliensbräuerei. Wahlen zum Verbandstag stehen auf der Tagesordnung. Alle Kollegen müssen pünktlich erscheinen.

Elternversammlung der Freien Schulforschung. Donnerstag, 20. Uhr, in der Aula des Gymnasiums. Alle Eltern, die Kinder in die weltliche Schule schicken, müssen erscheinen.

Einbrecher raubt 2500 Mark Bargeld. In einer Privatwohnung am Obermarkt wurde ein schwerer Einbruch verübt. Dem Einbrecher fielen 2500 Mark Bargeld in die Hände.

Kommunistische Forderungen in der Gemeinde Rauffung

In der letzten Sitzung wurde bekanntgegeben, daß eine Klassenrevision hatgefunden habe. Die Kasse sei in Ordnung gewesen. Weiter wird vom Kreisanzuschuß nur 6000 Mark Hauszinssteuer für 1929 nachdevolligt worden. Für das Jahr 1930 bekommt die Gemeinde gar keine Gelder. Eine Kommission soll in dieser Frage in Eigenhülle vorstellig werden. Trotz großer Wohnungsnot also kein Wohnungsbau seitens der Gemeinde. Der Staat der besitzenden Klassen braucht die Hauszinssteuer für seinen Verdrummungs- und Unterdrückungsapparat. Die Angeklagten Böhlich, Kunze und der Lehrling Auf hatten einen Antrag an die Gemeinde gestellt auf Übernahme der besten Beiträge für die Kranken- und Angestelltenversicherung. Dem wurde entprochen. Die Gemeinde wird mit 400 Mark jährlich belastet. Eine Lösungsvorkehrung für 1000 Mark Kreiszuschuß wurde bewilligt, hier kommt das feinerzeit

ausgebauete Scheunengrundstück in Frage. Die Einführung eines Grundgebührentarifes für elektrischen Strombezug vom hiesigen Ortsnetz wurde bis zur Ortsberatung zurückgestellt. Der Vorsteher der SPDler, Teuber, empfahl die Einführung. Der Tarif sieht bei Lichtstrom eine Mindestgebühr von einer Kilowattstunde pro Monat und Zähler vor, ganz gleich, ob Strom bezogen worden ist oder nicht, bei Nachtstrom kommen die kleinen Besitzer am schlechtesten weg. Wir verlangen billige Tarife für die kleinen Wohnvernehmer. Ein weiterer Punkt war die Regelung der Eigentümerversammlungen der evangelischen Nickerschule. Hier behauptet die evangelische Kirchengemeinde, Eigentümer der Schule zu sein. Frühere Beschlüsse der Gemeindevertretung und des Schulverbandes haben dem zugestimmt. (?) Die ganze Sache ist dunkel, die Grundbuchblätter sind verwirrend, zur weiteren Behandlung ist eine Kommission gebildet worden. Unsere Ansicht ist, daß die Kirche in der Schule nichts zu suchen hat, da die Schule der Gemeinde gehört. Zum Schluß wurde ein Dringlichkeitsantrag angenommen, der verlangte, daß hiesige Arbeitslose beim Stabebau Ober-Rauffung beschäftigt würden; der Erfolg ist der, daß die Firma Krause fünfzehn Arbeiter entlassen hat, darunter Rauffunger Arbeiter. Der kommunistische Gemeindevertreter schiederte eingehend die dortigen Zustände, derselbe war erster Bandelegierter dabelbst in den zwei vorhergehenden Jahren, wurde dieses Jahr jedoch nicht mehr eingewählt. In einem weiteren Artikel werden wir zu den Arbeiten Stellung nehmen. Arbeiter, Vertretung, besucht die nächste Gemeindevertreterung, voraussichtlich am 3. Juni, in der der Gemeindevoteat zur Beratung steht. Der SPD-Vertreter hat bis jetzt drei Anträge gestellt: 100 Mark für den Arbeiter-Radfahrerverein, 50 Mark für die Rote Hilfe sowie 50 Mark für die JAG.

Liegnitz

Wieder das Volkshaus!

Unsere Vermutungen über das Volkshaus treffen zu, denn der Detonome Büchel kommt weg. Aber nicht ganz, wie vielleicht manche Kollegen glauben. Nein, das ist weitem nicht, sondern nur ins Volkshaus Görlitz. Wohin gehen trotz der Verfehlung des Schloier noch lusten zu können.

Eine Anfrage an Redakteur Höber von der „Volkszeitung“. Sie sollen eine besonders wirkungreiche Kampagne der Nazis erfinden haben, nämlich sich in den „Inferno“ der „Volkszeitung“ zu setzen und mit den Nazis Bierpolitik zu betreiben. Warum das? Sollten Sie es vorziehen zu schweigen, so nehmer wir an, daß die uns zugegangene Nachricht der Wahrheit entspricht.

Laubaner Pflichtarbeiter im Streik

Der Magistrat lehnt alle Forderungen ab

Sämtliche Ausgeherrte, die durch den Laubaner Magistrat zur Pflichtarbeit herangezogen werden, sind seit Sonnabend geschlossen in den Streik getreten. Der Magistrat lehnte am Sonnabend ein Verhandeln mit der gewählten Kampfleitung ab und drohte mit Unterhaltungsentzug.

Am Nachmittag nahmen die Pflichtarbeiter zu dem Verhalten des Magistrates Stellung und beschloßen, folgende Forderungen dem Magistrat zu übermitteln und dafür geschlossen zu kämpfen:

1. Abschaffung der Pflichtarbeit und Einsetzung in ein verbessertes Arbeitsverhältnis oder ausreichende Unterhaltung.
2. Sofortige Auszahlung der bewilligten 10 Fg. pro Stunde und Erhöhung auf 20 Fg. pro Stunde vom ersten Tage an.
3. Richtige für alle Ausgeherrten und Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung.
4. Gewährung von Mietbeihilfen.
5. Zahlung von Vorzuschuß an alle Antragsteller, bis der Antrag bewilligt ist.
6. Gewährung von Mitteln zur Beschaffung von Kleidung und Schuhwerk.

Der reaktionäre Magistrat hat fast alle Forderungen abgelehnt. Bewilligt wurde lediglich die sofortige Auszahlung der einbehaltenen 10 Fg. pro Stunde und die Erhöhung auf 20 Fg. pro Stunde am 2. Juni auf 20 Fg. pro Stunde. In der Forderung auf Abschaffung der Pflichtarbeit ver-

schanzt sich der Magistrat hinter die Paragraphen der Fürsorgeverordnung. In seiner Antwort sichert er die Abschaffung der Pflichtarbeit für Personen über 40 Jahre zu und eine Einschränkung in der Beschäftigung von Verheirateten. Die ledigen und Jugendlichen sollen weiter die Kronarbeit leisten. Die Schaffung von Richtschichten, die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung sowie der Zahlung von Vorzuschuß und Mietbeihilfen lehnt der Magistrat grundsätzlich ab.

Die zu Hunderten Versammelten nahmen mit Entrüstung den ablehnenden Entscheid entgegen und formierten sich spontan zur Demonstration. Am Nachmittag wurde in einer Versammlung zu den weiteren Kampfmaßnahmen Stellung genommen. Es wurde einstimmig beschlossen, den Streik weiter durchzuführen und für die Forderungen zu kämpfen. Anschließend an die Versammlung marschierten die Erwerbslosen geschlossen durch die Viertel der Bourgeoisie nach dem Rathaus. Es wurde beschlossen, heute vormittag vor dem Rathaus zu demonstrieren und dem Magistrat die Forderung einer Pflanzbeihilfe zu unterbreiten. In aller Geslossenheit werden die ausgehungerten Proleten für ihre Forderungen weiter eintreten bis zum Siege. Auch die Drohung des Bürgermeisters, den Streikenden keine Unterbringung zu zahlen, kann den Kampfesmut nicht lähmen. An Stelle von ausreichender Hilfe mobilisiert der Magistrat die Görlitzer Schutzpolizei. Der Kampf ruft aller laut: Vorwärts durch den Kampf zum Sieg trotz Polizeiterrort!

Oberschlesien

Bürgerlich-sozialfaschistische Pressehebe

Polizei gibt den Ton an!

Am Freitag vergangener Woche fand eine von der SPD. einberufene öffentliche Kundgebung auf dem Ring, gegen die täglichen Mordverbrechen der faschistischen Arbeiter, statt. Der faschistische Mordterror veranlaßt immer mehr die Massenbewegte Arbeiterklasse zur energischen Abwehr. Die Arbeiterklasse ist wirklich nicht mehr gewillt, sich von den Mordbanditen, die den Schutz der Polizei genießen, terrorisieren zu lassen. Wie ist in den letzten Wochen die Sprache der faschistischen Presse? Sie fordert offen zum Mord auf. Im „Völkischer Beobachter“ vom 27. Mai heißt es in einem Artikel: „Noch müssen wieder und wieder Menschen sterben, um unsere Idee der Erfüllung näherzubringen. Noch steht über dem Kapital der verbundene Köpfe nicht: Es war einmal. Noch klingt das alte Lied der Sturmabteilungen: Das Strafen und Splittern und Schreien der Versammlungsgelächter, das Erkrachen der Internationale, die von unserem Sang überhört wird, da und dort. Es wird nicht anders werden, bis wir die Macht im Staate haben.“

Die Nationalsozialisten hatten an demselben Abend eine öffentliche Versammlung im „Katholischen Vereinshaus“ angesetzt und abgehalten. Unter dem starken Schutz der Polizei wurde in der Versammlung der gleiche Ton, wie er im „Völkischer Beobachter“ geführt wird, angeschlagen. Und weil durch die wichtige Kundgebung der Arbeiterklasse die nationalsozialistischen Mordbanditen einen Dämpfer ausgeht bekommen haben, deshalb eine ganz gemeine Kommunistenhebe der bürgerlich-sozialdemokratischen Presseleute. Wir veröffentlichen nachstehend den Polizeibericht, der Beweis ist, daß die Polizei den Ton für die Kommunistenhebe angegeben habe:

Überfall von Kommunisten auf Nationalsozialisten

Am Freitag veranstaltete die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Katholischen Vereinshaus in Gleiwitz eine öffentliche Versammlung. Gleichzeitig hielt die kommunistische Partei eine Protestkundgebung unter freiem Himmel gegen das Treiben der Nationalsozialisten im Reich und gegen die vorerwähnte Versammlung in Gleiwitz ab. Bei der kommunistischen Kundgebung wurden Neben gehalten, in denen in verstärkter, zum Teil aber auch in offener Weise zu Gewalttätigkeiten gegen Nationalsozialisten aufgefordert wurde. Eine offenbar geplante Störung der nationalsozialistischen Versammlung durch Kommunisten wurde von der Polizei verhindert; die kommunistische Demonstration war bereits um 21,30 Uhr zu Ende; die Teilnehmer wurden zerstreut. Die nationalsozialistische Versammlung wurde gegen 23 Uhr geschlossen. Die Teilnehmer gingen unter polizeilichem Schutz auseinander. Etwa acht Versammlungsteilnehmer aus Schönwald führten auf Häusern nach Hause und kamen auch unbehelligt aus Gleiwitz hinaus. Im freien Felde, in der Nähe des Gleiwitzer Flugplatzes, wurden sie von einer Anzahl Jungkommunisten überfallen und mit Messern und Holzknütteln mißhandelt. Drei Nationalsozialisten wurden durch Messerstiche verletzt, davon zwei schwer. Die beiden Schwerverletzten fanden Aufnahme im städtischen Krankenhaus und sind nicht vernehmungsfähig. Der Leichtverletzte begab sich nach seiner Wohnung. Ein junger Burche, der in bringendem Verdachte steht, an dem Überfall beteiligt gewesen zu sein, wurde auf der Flucht ergriffen und festgenommen. Weiteren Tätern ist die Polizei auf der Spur.

Wir können uns noch nicht abschließend zu dem Polizeibericht äußern. Sobald wir unsere Feststellungen getroffen haben werden, kommen wir auf ihn noch zurück.

Der Kampf der Klassenbewegten Arbeiterklasse gegen den National- und Sozialfaschismus muß verstärkt geführt werden. Die Arbeiterklasse muß den faschistischen Terror brechen, will sie nicht, daß diese Mordbanditen noch frecher gegen sie auftreten.

Gleiwitz

Gelbe Gewerkschaft klagt gegen eigene Mitglieder

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, bekannt als die gelbe Angestelltenorganisation, leistet sich Glaubwürdigkeit gegen seine eigenen Mitglieder. Wir sind in der Lage, eine Mitteilung der Verbandsleitung an eine „Kollegin“ wegen rückständiger Beitragszahlung nachstehend zu veröffentlichen:

„Sehr geehrtes Mitglied!

Trotz der letzten Zahlungsaufforderung, die wir Ihnen unter Androhung des Klagesewesens sandten, haben Sie bisher die erwartete Zahlung nicht geleistet. Ihr Konto liegt uns jetzt zur Einreichung der Klage vor. Bevor wir Ihnen unnötige Kosten und Unannehmlichkeiten bereiten, wollen wir Ihnen nochmals Gelegenheit geben, innerhalb einer

Frist von drei Tagen

die Angelegenheit durch Zahlung zu regeln. Sollten Sie diese Frist veräumen, so bedauern wir, Ihnen weitere Kosten nicht ersparen zu können.“

Nicht wahr! Recht nett von der Gewerkschaftsbürokratie, die schon dazu übergeht, ihre eigenen Mitglieder vor den Kadi zu zittern. Diese Bongen wollen nur damit erreichen, daß sie ihre enormen Gehälter pünktlich erhalten. Sonst bremsen sie gewöhnlich in den Fällen, wo Mitglieder gegen den Arbeitgeber klagen wollten. Was sollten sie auch in der Tat tun?

Hindenburg

Achtung, Pioniere!

Die Gruppenabstimmung des Jungparlaments finden jetzt regelmäßig jeden Dienstag, nachmittags 4 Uhr, im Jugendheim Hindenburg-Jaborge statt. Die Arbeiterkinder werden ersucht, ihre Kinder zu schicken. Befangbücher mitbringen.

Rationalisierung, Massenentlassung und ihre Folgen

(Von unserem Betriebsberichterstatteter)

Am Mittwoch, dem 28. Mai, ereignete sich auf dem Wehrbüchschichten in der Abteilung D. IV ein Unglück, das nur eine Folge der verstärkten Antreiberei war. Auf der 13. Stredle ging plötzlich durch einen Ruck ein Pfeiler zu Bruch und begrub dabei einen Füller und einen Lehrschieber. Wie durch ein „Wunder“ blieben die beiden am Leben. Der Lehrschieber war wohl schwer am Arm verletzt, während der Füller mit leichter Verletzung und dem bloßen Schrecken noch davonkam.

Die bürgerliche Presse wird vielleicht auch diese Meldung gebracht haben, ohne aber die wahren Ursachen des Unglücks, der leicht

die schwersten Folgen nach sich ziehen konnte, aufzudecken und zu beklagen. Die Grubenbarone sagen: „Ein Ruck kam und brachte den Pfeiler zu Bruch!“ und damit entschuldigen sie alles.

Die Bergarbeiter wissen aber, daß dieses Unglück, das belährte zwei bis drei Tausende das Leben gekostet hätte, sehr gut vermieden werden konnte. Die Kameradschaft weigerte sich an diesem Tage, in dem schon vollständig ausgeschulten Pfeiler noch weiter zu arbeiten. Aber die Profitgier und die fatum beherrschende Untreue der Wälaten, des Stelgers Berger, trieb die Arbeiter zur Arbeit in diesen Pfeiler.

Auf der einen Seite droht heute dem Arbeiter die Entlassung, Reduzierung des Lohnes und Bestrafung, andererseits Tod, Unfall und bei einem „Wunder“ Beliebigkeit bei miserablen Lohn und unumsehlicher Untreue. Der Arbeiter, durch Hunger getrieben, wählt zu einem nicht geringen Teile das Letztere.

Die Vereinbarungen der Gewerkschaftsbürokratie in Bezug auf Abbau 1. der ledigen polnischen Arbeiter, 2. der ledigen deutschen Arbeiter, 3. der Arbeiter mit Eigenkapital, 4. der Rentempfänger, machen sich schon für die „deutsche Kapitalbildung“ bemerkbar.

Dieser Unglücksfall wird keine Einzelerhellung bleiben, sondern mit dem Abbau der Beschäftigung sich ins Ungeheuerliche noch steigern.

Die Bergarbeiter müssen deswegen durch aktiven Widerstand sich wehren gegen den Abbau an ihrem Leben und ihrer Gesundheit. Solange noch die großen Halbbestände sind, Bergarbeiter entlassen werden und erwerbslos sind, solange keinen Kassen Kofle gefördert, bevor nicht euer Leben genügend gesichert ist.

Nehmt Stellung zu diesen Fragen in der Belegschaftsversammlung!

Die neueste Nummer des „Roten Wähler“

Der „Rote Wähler“, Nr. 2, das Mitteilungsblatt der kommunistischen Reichstagsfraktion, ist schon erschienen. Auch diese Nummer liefert hervorragendes und reichhaltiges Material, insbesondere über den Hermann-Müller-Brüning-Gtat. Neben einer Gesamtübersicht über diesen Klassenetat enthält die Nummer einen Artikel des Abgeordneten Siedler zur Erläuterung des Etats, der Abgeordnete Torgler schreibt interessante Einzelheiten, die Abgeordnete Rippenberger, Schröder, Neubauer und Hornle behandeln den Reichswehretat, den Abbau der Arbeitslosenversicherung, die neue Steuererhebung sowie die Zollgesetzgebung der Hermann-Müller-Regierung. Von besonderer Wichtigkeit ist ein Artikel des Abgeordneten Häbel über den Abbau im Sozialetat.

Eine gute Waffe zum Kampf gegen die Nationalsozialisten ist auf einer vollen Seite zusammengestellt, wozu Erich Gluckauf einen besonderen Artikel über die Tätigkeit der Nationalsozialisten im Reichstag beigetragen hat.

Ferner enthält die Nummer photographische Abzüge einer Seite des Marinebauprogramms sowie die Zollwucheranträge der sozialdemokratischen Fraktion. Wertvoll ist auch eine Statistik über die Zahl der Millionäre sowie eine treffende Charakteristik des Führers der Deutschnationalen: Eugenborg.

Sturzum, der „Rote Wähler“ gehört in jede Proletarierfamilie. Wir bemerken besonders, daß in Nummer 3 des „Roten Wähler“ eine volle Seite über die Behandlung der Kriegs- und Arbeitsopferfragen im Reichstag und die Stellungnahme der einzelnen Parteien dazu erscheinen wird.

Die achtselige Zeitung kostet nur 10 Pfennig und ist zu beziehen durch die „Arbeiterbuchhandlung“, Hindenburg, Scheffelpfad 12. Die Ortsgruppen der Partei erhalten dieser Tage einige Exemplare, die sie unbedingt verkaufen müssen. Nachbestellungen haben an obgenannte Adresse zu erfolgen. Bei Nr. 3 des „Roten Wählers“ und den folgenden Nummern haben die Ortsgruppen ihre Bestellungen selbst aufzugeben.

lung. Laßt euch nicht von dieser sterbenden, korrupten, mofischen Gesellschaftsordnung in den Tod treiben! Seht den Kampf für Beseitigung der Profitwirtschaft organisieren, dann braucht ihr keine Angst haben, erwerbslos zu werden!

Ausflug nach dem Guidowald. Am Mittwoch, dem 4. Juni, 14 Uhr, sammeln sich alle Genossen und Sympathisierenden an der Oberbürgermeistervilla zum Ausflug nach dem Guidowald. Erscheint recht zahlreich.

Beuthen

Sechs Gendarmen erschließen einen „Wilderer“

Am Sonntag, den 25. Mai, ist der Grubenarbeiter Kwacksha aus Glinz bei Proslawitz, erschossen worden. Wer hat R. erschossen? Sechs Gendarmen! Warum haben sie ihn erschossen? Weil er angeblich „wilderer“ war. R. hinterläßt Frau und zwei Kinder. R. war auf der Ludwigsgrütube beschäftigt.

Warum schreibt dieses Mal die bürgerliche Presse nichts über diesen Fall? Weil die Umstände, die zum Erschießen des R. führten, nicht ganz einwandfrei sein sollen! War R. ein Berufswilderer? Nein! Man soll bei R. eine ganz kleine Pistole gefunden haben. Wäre es auch so, daß R. sich gegen die Festnahme durch sechs Gendarmen wehrte, so lag kein Grund vor, ihn zu erschießen. Sechs schwerbewaffnete Gendarmen erschließen einen halb wehrlosen Familienvater. Uns wird noch mitgeteilt, daß die Leiche weggeschleppt worden ist, ehe die Staatsanwaltschaft am dem Tatort erschienen war. Warum das? Ferner soll die Leiche am Kopfe einen stark sichtbareren Fleck von einem starken Schläge aufweisen.

Wir fragen die Staatsanwaltschaft! Warum hat man R. erschließen müssen? Warum ist R. von dem Tatort weggeschleppt worden? Was rührt der Schlag am Kopfe her? Ist vielleicht R. nicht erschlagen worden?

Wir fragen diese „Ordnung“ eines neuen Arbeitermordes an! Wenn auch R. „wilderer“ war, so besteht noch lange nicht das Recht, ihn diesenhalb zu erschießen. Wenn R. „wilderer“ war, so geschah das deshalb, weil R. als schwermütiger Brotst auch mal Sonntag ein Schilling Geld verdienen wollte. Können die Großen und Fürsten, die die Befehle des großen Waldbestandes, und somit auch des Waldes sind, behaupten, daß sie über ihre Väter den Rest sich erworben haben? Nein! Dieser Besitzstand, genannt Privateigentum, ist in Kriegen erbeutet und ergrunert worden.

Hier setzen wir auch die Auswirkungen des Privateigentums, das man in der „freiesten aller freien“ Republik verfassungsmäßig garantiert. Erst die sozialistische Gesellschaftsordnung wird diese Pri-

vatigentum, das Not und Glend für die Besessenen bringt, abschaffen. Proletarier, kämpft darum mit verstärkter Analt an dessen Beseitigung! Schließt euch der RVD. an!

Miedowitz

Young-Diktator Lazarek

Die letzte Gemeindevertretersitzung fand im Zeichen des Young-Planes. In Beginn der Sitzung wurde von der kommunistischen Gemeindevertretersaktion ein Dringlichkeitsantrag betreffend Unterstüßung von Erwerbslosen eingereicht, nachdem am Vormittag die Vertreter eines imphanten Erwerbslosendemonstrationszuges dieserhalb beim Gemeindevorsteher vorstellig waren. Zur Orientierung sei angeführt, daß der Kreis eigens für diesen Zweck eine größere Summe bereitgestellt hat. Tropdem sprach die bürgerliche Klasse einträglich der beiden Sozialfaschisten diesem Antrage die Dringlichkeit ab.

Eine gründliche Absuhr holte sich der Volksschullehrer Guntle (Zentrum), der die Behauptung aufstellen wollte, die kommunistischen Gemeindevertreter lassen sich für ihre Sühnen entschuldigen. Tatsächlich wurde durch Genossen Pankirsch nachgewiesen, daß die Kommunisten nicht wegen einer Verletzung ins Parlament gezogen sind, sondern um die Interessen der Werttätigen zu vertreten. In Hand von Beispielen wies er nach, daß gerade die schwarzen Zentrumskandidaten alle ihre Ehrenämter recht hüßig bezahlten lassen. Bezeichnend ist jedoch, daß gerade der „Zentrumskolek“ Guntle sich gegen die Verlegung der Sitzungen auf den Nachmittag in einer Kommission aussprach, um Gelegenheit zu haben, die Schule schwänzen zu können. Dabei vergißt Herr Guntle, daß er eigentlich die Hälfte des Jahres Urlaub hat und für die einzelnen Berufskursstunden hohe Entschädigung fordert.

Auf Antrag der kommunistischen Gemeindevertretersaktion wurde der Betrag für die Strahenaussaaten der Willeger der Hindenburgstraße von 50 auf 33 1/3 Prozent herabgesetzt.

Da infolge der hohen Gehälter die Gemeinde den Haushaltsplan nicht balancieren kann, wurde mit Zustimmung der zwei kammern Sozialfaschisten die Kanalgebühr erhöht. Genosse Kaczmarek wies nach, daß die Kommunisten einer Erhöhung der Kanalbenutzungsgebühren nicht zustimmen können, da diese Erhöhung wiederum nur die Mieter treffe. Recht treffend war sein Beispiel, daß die Gemeinde aus anderen Titeln (Beamtengehälter) Ersparungen machen solle. Die Auswirkungen des Young-Planes beginnen auch in Miedowitz.

Als Diktator stellte sich der Gemeindevorsteher hin, als auf den Antrag der Kommunisten „Bekanntgabe der Protokolle der Mittelschule und Volksschuldeputation“ er durch sein Dagegenreden die Zentrumskandidaten zur Ablehnung des Antrages brachte. Nun können die Kommunisten behaupten, daß hinter den Rücken der Kommunisten irgendwelche Machinationen geschehen, die die Öffentlichkeit nicht erfahren soll. Anders kann man sich den ablehnenden Standpunkt des Herrn Lazarek nicht vorstellen. Darauf brachten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag ein und verließen zum Zeichen des Mißtrauens zusammen mit den Klassenbewußten Zuhörern demonstrativ den Sitzungssaal.

Groß-Strehlitz

Lehrlingschinderei ohnegleichen!

Die Lage der Lehrlinge hat gegenüber der Vorkriegszeit keine Änderung zugunsten der Lehrlinge gefunden. Die Ausstattung der Lehrlinge hat im Gegenteil eine Verschärfung erfahren. Die Unternehmern, die Meister, sie sehen in dem Lehrling eine sehr billige Arbeitskraft, eine gute Profitquelle.

Die Lehrlingsverhältnisse bei der Firma Union Urbanczyk, Kralauer Straße, — es ist eine Auto-Reparaturwerkstatt —, soweit sie uns bekannt sind, scheinen in Bezug der Schlechtigkeit der Beford zu schlagen. U. beschäftigt sieben Lehrlinge und nur zwei Schülern in der Schlosserwerkstatt. Das ist nach den geltenden Bestimmungen garricht zulässig, und trotzdem geschieht dies, weil die hierfür in Frage kommenden Stellen sich hierum nicht kümmern. U. soll überhaupt nicht mal Schlossermeister sein! In der Lackerei ist ein Lehrling beschäftigt. Dieser Lehrling ist vor allem mit Waschen von Autos beschäftigt worden. Der Lehrling steht einen Monat vor Ablauf der dreijährigen Lehrzeit. Und jetzt soll der Betreffende keine Prüfung machen! U. hätte sich einen Wagenwäscher halten sollen, statt damit jahrelang einen Lehrling zu beschäftigen. Urbanczyk hat gegenüber den Lehrlingen eine sehr lose Hand. Am Sonnabend bearbeitete er den Jungen in grundloser Weise mit einem Dosenziemer.

Die Schlosserlehrlinge werden jetzt als Schacht- und Bauarbeiter beschäftigt. U. läßt auf seinem Gehört einen Neubau, wie Werkstatt und Wohnung, auführen, und spant die Lehrlinge zu Handlangerdiensten an. Ist das zulässig? Nein! Die Lehrlinge haben je 300 Mk. Lehrgeld zahlen und sogar Werkzeug beschaffen müssen.

Die Lehrlingsausbeuterei bei dieser Firma steht ohnegleichen da. Und dieser „Lehr“ Herr ist ein stummer Kirchenbesucher. Das sieht solchen Leuten wirklich ähnlich! Ausbeuten bis zum Tage und dann noch Füßeln mit dem Dosenziemer. Und was trägt sich bei der „freiesten“ Republik zu! Wo bleiben Handwerkskammer und Gewerbeinspektion? Wir verlangen, daß dem U. das Halten von Lehrlingen sofort unterlagt wird, daß die bereits bei ihm in Lehre stehenden Lehrlinge anderen Lehrmeistern überwiesen werden.

Oppeln

Auf nach Biegenhals!

Die Arbeiterklasse Oppelns beteiligt sich am internationalen Grenztreffen in Biegenhals. Sämtliche Biegenhalsfahrer treffen sich Donnerstag, den 5. Juni, 19 1/2 Uhr, im alten Schützenhaus zu einer Besprechung. Sämtliche Mitfahrer erscheinen zu dieser Versammlung.

Stahlhelm und Hakenkreuzler rüsten!

Morde und Gräueltaten dieser Banditen erfordern gebieterisch Abwehr durch die Arbeiterklasse. Wir rufen deshalb für Donnerstag, den 5. Juni, 19 30 Uhr, alle Arbeiter von Oppeln zu einer öffentlichen Versammlung nach dem alten Schützenhaus auf.

Das Volksbad eröffnet

Das Volksbad, das am Strande des Waldes gelegen, ist eine der schönsten Bäderanstalten von Oppeln. Große Biegewelle, Luft- und Sonnenbad nebst schöner Aussicht auf Wiesen und den Obersee, geben dem Naturfreund einen Teil der nicht möglichen Sommer- oder Wabereife. Erschließungen sind vorhanden, und der Aufenthalt ist angenehm. Jeder Besucher kann sich davon überzeugen. Die Eintrittspreise sind trotz der enormen Instandhaltungskosten mäßig. Eröffnung des Badens 20 Pfg., Kinder pro Baden 10 Pfg. Zehnmarkten für gesamt Baden 1 Mark, übertragbar. Gute Dienstleistung.

Alle Breslauer Erfurt-Fahrer

kommen morgen, Mittwoch, 20 Uhr, in das Lokal Schnieder, Uferstraße.

Strafgefangener entwichen. Der 24jährige Max K... der bis 23. Februar 1931 im Breslauer Strafgefängnis eine Strafe zu verbüßen hat, ist von der Augenarbeit in Botanik entwichen. K... ist wegen Einbruchdiebstahl und Stillschleppens verurteilt. Er ist 1,70 Meter groß, Mittelstatur und trägt Anstaltskleidung.

Wütlicher Tod. Am Montag ist im Pfortnerzimmer des Hotelpräsidenten der Kaufmann Theodor P., Malowaner Straße 70, plötzlich an Herzschlag verstorben.

Monistische Gemeinde. Mittwoch um 20 Uhr Vortrag von Dr. G. Kramer: „Religion und Wissenschaft.“ Eintritt frei. Gäste willkommen!

Ufa-Theater. Der große Gabbo. Gabbo ist ein Bauchredner, er ist eitel, zynisch, brutal und quält die Menschen, die mit ihm in Berührung kommen. Aber er hat auch etwas wie ein anderes,

... und von dem findet seine „wolle Stimme“, die in der Gruppe hervorsticht, mit der er auftritt. Hier ist also das, was man einen tonfälligen Reiz nennen kann. Die Handlung ist in eine Reihe primitiver Reaktionen eingebaut, die zuletzt ziemlich monoton wirken. Am Schluss verfällt Gabbo dem Wahnsinn; er sieht nur sich und kann es nicht begreifen, daß die Frau, die er zwei Jahre vorher roh aus dem Hause gejagt hat, nun, da er sie wieder trifft, ohne ihn, den „großen Gabbo“, lieben will. Das trägt kein Großes an sich. Wie man sieht, ein rein individueller Konflikt. Den Gabbo spielt oder vielmehr lebt Erich von Stroheim, ein ehemaliger österreichischer Offizier, anschließend der Menominter-Rührlitz der Hollywooder. Kein süßlich-leichter Uniformsack, sondern ein von tausend Zweifeln zerfressener Mensch. Ein Mann, der in einem früheren Film mit so zynischer Offenheit die Verlogenheit der bürgerlichen Welt zeigte, daß die sonst so gestittete Berliner Bourgeoisie lachend vor Wut aus dem Kino lief und der Film abgesetzt werden mußte. Stroheim ist der Mann, der alles verneint, und darum auch nicht sieht, daß eine frische, unverbrauchte Klasse im Begriff ist, der sterbenden Bürgerwelt etwas Neues gegenüberzusetzen. Und so verpufft seine eminente Begabung sinnlos, weil sie nicht in den Dienst einer Idee gestellt ist. Auch im „Gabbo“ gibt Stroheim eine

erschütternde Leistung, die das an Wirkung verleiht, daß der im Original englisch gesprochene Tonfilm nachträglich deutsch „besprochen“ worden ist. ... das nur sehr unvollkommen geschieht ist, und ... die vollkommener als ... wird, weil in die deutsche ... zu den Mundbewegungen der fremden Sprache passen ... Programm ein Kultur-Tonfilm von Wert und ... lustiger Trid-Tonfilm. Mu.

„Mutterfreunden“

Hr. Sprottau, 2. Juni. Am Montag wurde die Staatsanwaltschaft benachrichtigt, daß in einer Mäucherlampe in einem Eimer eine blutige Kindesleiche aufgefunden worden war. Die Staatsanwaltschaft hat die Sektion der Leiche veranlaßt. Die Kindesmutter befindet sich gegenwärtig im Krankenhaus.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Ober-Schlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Ober-Schlesien Fritz Jendritzki, Gleschitz. Für Inserate: Carl Gansdorf, Breslau.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, 31. 5., bis Freitag, 6. 6., 20.15 Uhr
Das Camo des Armen
Tragikomödie v. St. Zweig
Von Sonnabend, 7. 6., bis Montag, 9. 6., 20.15 Uhr
Zum 1. Male!
Broadway
Salonverkauf 1930

Thalia-Theater
Von Sonnabend, 31. 5., bis Freitag, 6. 6., 20.15 Uhr
Der Muttergatte
Von Sonnabend, 7. 6., bis Montag, 9. 6., 20.15 Uhr
Zum 1. Male!
Broadway
Amerit. Spielbild in 3 Akten

Kinder = Mittwoch

Monistische Gemeinde E. V.
Breslau
Ortsgr. des Volksbundes f. Geistesfreiheit
Mittwoch, den 4. Juni 1930, 20 Uhr
Vortrag
im Saal Grünstraße 14/16
Sprecher:
Dr. phil. G. Kramer
Thema:
„Religion u. Wissenschaft“
Eintritt frei Gäste willkommen

Spottbling
kaufen Sie hoch-elegante neue sowie gute getragene
Anzüge und Frühjahrmäntel
Gehrock, Frack, Smoking
von 10 Mark an nur bei
E. Singer
Ring 41 u. 52

Pfingsten
im neuen **Anzug!**
Dies dürfte doch auch Ihr Wunsch sein, den zu erfüllen, wir Ihnen gern helfen wollen, denn unsere große Auswahl, die guten Qualitäten u. die besonders niedrig gehaltenen Preise machen Ihnen den Kauf sehr leicht
Hier einige Beispiele:
Herren-Anzüge
Kammgarn, teilweise auf Kunstseide, in den neuesten Streifenmustern in blau, blaugrau und braun, beste Verarbeitung
29⁵⁰
49⁵⁰ 39⁵⁰

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenaufgaben
prompt und preiswert


PEUVAG
Papier - Erzeugungs- und Verwertungs-Aktion - Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebntzner Str. 50

Friedländer & Co.
Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Kleidung
Schmiedebrücke 58 Ecke Madlergasse
Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit G. m. b. H., Breslau
Gartenstraße 67 (Capitol)

Partei-genossen!
Beachtet
bei allen Einkäufen immer nur unsere **Inserenten!**

Der rege Zuspruch meiner **Wolff-Troyn**
beweist erneut die Leistungsfähigkeit meines Hauses
Herren-Anzüge in modernen Farben und Fasson ... 27.- **16.50**
Kammgarn-Anzüge in herrl. Dessins z.T. auf K.-Seide ... 42.- **39.00**
Trench-Coats mit echten Lederknöpfen ... **18.50**
Gestreifte Hosen solange Vorrat reicht ... **1.95**
Knickerbocker in den neuesten Farben von ... **4.95**
Diese Veranstaltung bietet Ihnen vor dem Fest die günstige Gelegenheit, gute Ware für einen Spottpreis zu erwerben.
Sonntag, den 1. Juni von 11. bis 6 Uhr geöffnet.
Troyn Tamborjan
Teichstraße 31, Ecke Springerstraße

So sehen die kleinen Damen aus in den hübschen billigen Sommer-Kleidchen von Tietz!



Kinder-Wasch Südwestec 75 Pfg.	Rabanas Kinderhütchen Glockenform mit Ripsband 175	Matrosenmütze weiß, Cheviot, rot Kunstseide oder Tuch 2.95 aus weiß. Rips 175	Lustige Gummi-Tieck 15 7/8, 60 7/8, 45 7/8 25 Pfg.	Kinder-Badeanzug aus buntfarbiger Baumwolle, Gr. 45-125 Gr. 35-45 75 Pfg.	Mädchenkleid gemusteter Trikotlette, Größe 55-85 Größe 55 490 jede weit. Größe 0.50 mehr	Jungmädchen-Kleid Panama, lind und weiß, Größe 80-95 Größe 80 790 Jede weit. Größe 0.50 mehr	Mädchenkleid Wollmusseline, mit heller Garnitur, Gr. 55-85, Gr. 55 Jede weit. Größe 1.- mehr 950	Schöne große Ballons gratis für die Kinder unserer Kunden!
Kinder-Kniestümpfe in kräftigen u. mitterlen Farben, mit hübschen Jacquardrändern 95 Pfg.	Kind-Schlüpf besond. gute Strapazierqual., m. kurz. Bein, Gr. 1 75 Pfg. jede weitere Größe 15 Pfg. mehr	Kind-Pulllover Kunstseide m. Baumwolle plattiert Gr. 35 145 jede weitere Größe 15 Pfg. mehr	Farbige Wasch-Hosen Sportform Gr. 0-10, Gr. 0 95 Pfg. jede weitere Größe 30 Pfg. mehr	Kinder-Bademantel aus solidem Kräuselstoff, hübsche neue Dessins, Gr. 60-550 395	Waschtüpp für Spielanzüge u. Kinderkleider, gute waschecht. Qualitäten Meter 1.95, 125	Cedeline höflich gemusteter Baumwollstoff für Kinderkleider u. Spielanzüge - Meter 130	Kinder-Bademantel aus solidem Kräuselstoff, hübsche neue Dessins, Gr. 60-550 395	Spiel-Höschen farbig Zephir Größe 0-3 durchweg 95 Pfg.
Kinder-Mittwochs-Tüte mit leckerem Inhalt und kleiner Überraschung 25 Pfg. Eistütchen 10 Pfg.	Hänget-Kleidchen farbig, gemustert Crépe, Gr. 40-55 durchweg 275	Kleidchen Waschkunstseide, mit weiß. Garnitur, Größe 40-55 durchweg 375	Wollmusseline-Kleidchen apart mit gestickt. Garnit. Größe 45-60 Größe 45 590 Jede weitere Gr. 60 Pf. mehr	Im Teerraum 1 Glas Eiscreme 20 Pfg. 1 Soda 20 Pfg. 1 Portion Pudding-Eis 20 Pfg. 1 Tasse Kaffee u. 1 Spritzkuch. m. Sahne, zus. 35 Pfg.				

LEONHARD AKTIEN-GES.
Breslau :: Ohlauer Straße 71-73 :: Telefon 56854